

P R O T O K O L L
der 449. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 21. Januar 2025
Zeit	19.30–23.30 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Köbeli Jan, Gemeindepräsident (Trakt. 1–3) Gashi Hilmi (ab Trakt. 4)
Mitglieder	Anliker Sophia, Arnold Luc, Balmer Thomas, Beck Hanna, Bless Adrian, Buff Ronald, Eggli Caterina, Eugster Simon, Fankhauser Suzanne, Grossen Gaby, Grossenbacher Franziska, Grütter K. Urs, Held Lorenz, Kaczala Gregor, Kearns Françoise, Koelbing Martin, Künti Karin, Lauper Reto, Legler Bettina, Legler Vanessa, Lucas Christoph, Mäder Renate, Messerli Patricia, Müller Kearns Alan, Perler Sandra, Racine Raphaël, Reich Julien, Sager Manuel, Schenk Johanna, Scherrer Annette, Siebenrock-Häberli Charlotte, Soder Rolf, Weibel Raphael, Zaccaria Angelo, Zloczower Emanuel, Zurlinden Noémie
Stimmenzählende	Matter Andreas, Schnyder Kathrin
Vertreter des Gemeinderats	Köbeli Jan, Gemeindepräsident Bärtschi Markus, Grubwinkler Christa, Häuselmann Bernhard, Siegenthaler Muinde Gabriele
Sekretariat	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Balmer Sascha, Finanzverwalter (Trakt. 9) Portmann Alain, Leiter Bildung (Trakt. 10)
Entschuldigt abwesend GGR:	Liechti Erika
	GR: Bircher Laura, Klopstein Carole
Protokoll	Schweizer Corinne

Traktanden

1.	Eröffnung durch den Gemeindepräsidenten	3
2.	Wahl von 2 provisorischen Stimmenzählenden	4
3.	Wahl des Präsidiums des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2025	5
4.	Wahl der restlichen Mitglieder des Büros des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2025 – 1. Vizepräsidium – 2. Vizepräsidium – 2 Stimmenzählende	7
5.	Wahl der Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission für die Amtsdauer vom 1. Januar 2025 bis am 31. Dezember 2028 Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2025	8
6.	Wahl der Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission für die Amtsdauer vom 1. Januar 2025 bis am 31. Dezember 2028 Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2025	9
7.	Wahl der Mitglieder und der Präsidien (ohne Baukommission, Schulkommission und Sozialkommission) der ständigen Kommissionen für die Amtsdauer vom 1. Januar 2025 bis am 31. Dezember 2028	10
8.	Protokoll der Sitzung vom 19. November 2024	17
9.	Budget 2025; vorbehaltene Beschlussfassung zur Steueranlage bei einer Ablehnung des Budgets in der Volksabstimmung vom 9.2.2025	17
10.	Stufenzusammenführung Seidenberg/Moos/Dorf; Verpflichtungskredite	24
11.	Motion forum: Kein Contracting mit der Fernwärme in der Gemeinde Muri-Gümligen	26
12.	Motion SVP-Fraktion betreffend Eigentümerstrategie & Controlling der gbm	28
13.	Motion SP: Freier Eintritt ins Muribad für Kinder und Jugendliche	32
14.	Motion Fraktion Grüne: Mehr Sicherheit, weniger Lärm – Tempo 30 auf den Ortsdurchfahrten von Muri und Gümligen	35
15.	Motion Buff FDP-Fraktion: Sanierung Sporthalle Moos	39
16.	Motion Arnold (SP): Integrierte Versorgung in der Gemeinde Muri-Gümligen	40
17.	Motion Arnold (SP): Standortförderung für Hausärzte und Sicherstellung der notfallärztlichen Versorgung in Muri-Gümligen	43
18.	Motion Bless (FDP): Vorwärts mit dem Bau eines Erlebnisspielplatzes auf dem Füllerich	45
19.	Postulat Schenk/Bless (FDP): Zugang zu AED verbessern – Leben retten!	51
20.	Informationen des Gemeinderats / der parlamentarischen Kommissionen	51
21.	Neue parlamentarische Vorstösse	51

Jan Köbeli (GP): Liebe Anwesende, sehr geehrte Damen und Herren, werte zahlreich erschienene Gäste, ich begrüsse Euch herzlich zur 449. Sitzung des Grossen Gemeinderats (GGR) Muri-Gümligen. Aus dem GGR entschuldigt ist Erika Liechti vom forum. Res Witschi wäre an ihrer Stelle gewählt gewesen, hat aber Anfang Januar seinen Verzicht auf die Einsitznahme im GGR kommuniziert. Erika Liechti ist deshalb als Ersatz nachgerutscht. Aber sie musste sich für die Januar- und wahrscheinlich auch für die Februar-Sitzung entschuldigen. Somit sind aktuell 39 Ratsmitglieder anwesend, und wir sind beschlussfähig. Seitens der Verwaltung sind zur Auskunftserteilung Finanzverwalter Sascha Balmer zu Traktandum 9 und Alain Portmann, Leiter Bildung, zu Traktandum 10 anwesend.

Werte Anwesende, am 30. Dezember 2024 sind unser erster vollamtlicher Gemeindepräsident Werner Martignoni und seine Ehefrau, Mathilde Martignoni, verstorben. Werner Martignoni war von 1965 bis 1974 unser Gemeindepräsident. Die Gemeinde Muri-Gümligen verdankt ihm einen grossen Teil unseres heutigen sehr hohen Standards. Während seiner Amtszeit gab es seitens Gümligen Bestrebungen, sich von Muri loszulösen. Werner Martignoni hat sich immer dafür starkgemacht, dass die beiden Ortsteile ihren Weg gemeinsam gehen. Wir haben es also auch ihm zu verdanken, dass wir heute gemeinsam stark sind. Zu seinen Ehren und zu Ehren seiner Frau Mathilde bitte ich Euch um einen kurzen Moment der Andacht. Dazu bitte ich Euch aufzustehen.

Die Anwesenden erheben sich für eine Trauermminute.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1. Eröffnung durch den Gemeindepräsidenten

Jan Köbeli (GP): Hiermit erkläre ich die Legislatur 2025–2028 offiziell für eröffnet. Im Zug dieser Eröffnung möchte ich kurz ein paar Worte an Euch richten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es freut mich sehr, dass wir so viele neue Gesichter hier in unseren Reihen begrüssen können. Ein ganz besonderer Gruss geht an die neu gewählten Gemeinderatskollegen Laura Bircher und Bernhard Häuselmann. Laura Bircher ist im Moment noch in ihren wohlverdienten Ferien. An dieser Stelle ein herzlicher Gruss nach Fernost. Natürlich heisse ich auch unsere elf neu gewählten Mitglieder im GGR herzlich willkommen. Es sind dies Sophia Anliker, Thomas Balmer, Caterina Eggli, Karin Künti, Erika Liechti – die heute, wie erwähnt, nicht da sein kann –, Andreas Matter, Sandra Perler, Raphael Racine, Julien Reich, Rolf Soder und Noémie Zurlinden. Ich wünsche Euch allen viel Freude und Erfüllung bei der Ausübung dieses ehrenvollen Amtes. Ich bin überzeugt, dass Ihr mit Eurem Engagement und Euren Ideen unsere Gemeinde und auch diesen Rat bereichern werdet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer die ehrwürdige Kuppelhalle des Bundeshauses betritt, sieht über den Köpfen der drei Eidgenossen folgende Worte: Unus pro omnibus, omnes pro uno. Oder auf Deutsch: Einer für alle, alle für einen. Dieser Leitspruch unseres modernen Bundesstaates soll uns auch heute leiten. Denn Ihr alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, habt Euch bereit erklärt, Euch für das Gemeinwohl einzusetzen, und dies im Ehrenamt. Gerade in der heutigen Zeit, in der sich immer mehr Menschen auf sich selbst konzentrieren, wird es zunehmend schwieriger, Leute für ein Ehrenamt begeistern zu können. Ein Ehrenamt kostet Energie, ein Ehrenamt kostet Geduld, und manchmal, ganz besonders in der Politik, kostet ein Ehrenamt auch Nerven. Aber vor allem kostet es uns das Wertvollste, das

wir Menschen haben, und das ist Zeit. Umso mehr freut es mich, dass sich heute so viele engagierte Bürgerinnen und Bürger hier versammelt haben, die sich für unsere Gemeinde einsetzen wollen. Dafür möchte ich Euch meinen herzlichen Dank aussprechen. Merci vielmals. Jede und jeder von Euch repräsentiert ziemlich genau 333 Einwohnerinnen und Einwohner – oder eben 13'320 Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen, unterschiedlichen Bedürfnissen und unterschiedlichen Vorstellungen, wie unsere Gemeinde aussehen sollte. Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen, werdet in den nächsten vier Jahren diese Menschen hören und, noch viel wichtiger: In den nächsten vier Jahren werdet Ihr ihre Stimme sein.

Unus pro omnibus, omnes pro uno. Dieser Satz erinnert uns nicht nur an die Wichtigkeit des politischen Ehrenamts. Nein, dieser Satz soll und muss uns auch an Zusammenarbeit und Respekt erinnern. Insbesondere, wenn wir ins Ausland schauen, stellen wir fest, dass der politische Ton zunehmend rauer und aggressiver wird. Auch hier bei uns zuhause erkennen wir auf der nationalen Politbühne mehr und mehr ein Stärkerwerden der politischen Pole und immer weniger ein Aufeinanderzugehen. Gerade in dieser Zeit des politischen Auseinanderdriftens ist es wichtig, dass wir in Muri-Gümligen diesem negativen Trend widerstehen. Das Jahr 2024 war diesbezüglich eine Belastungsprobe für uns. Zuerst der Wahlkampf um das Gemeindepräsidium im Sommer, dann die emotionale Abstimmung betreffend Namensänderung im Herbst, die Gesamterneuerungswahlen gegen Winter und gegen Ende Jahr noch die Diskussionen ums Budget.

Ich erinnere mich noch gerne an meine allerersten GGR-Sitzungen als frisch nachgerückter Parlamentarier. Schnell durfte ich feststellen, dass die politische Kultur in Muri-Gümligen gesund ist: Hart in der Sache, aber immer respektvoll und fair gegenüber den politischen Kontrahenten. Genau diese Kultur, liebe Kolleginnen und Kollegen, wünsche ich mir auch für die kommende Legislatur. Ich hoffe, dass das vergangene, herausfordernde Wahl- und Abstimmungsjahr keine Nachwehen hinterlassen hat. Denn nur, wenn wir uns gegenseitigen Respekt schenken, sind wir in der Lage, Gemeinsamkeiten zu finden, anstatt Unterschiede zu suchen. Ganz getreu nach dem Motto: Unus pro omnibus, omnes pro uno.

Die Herausforderungen werden in der nächsten Zeit nicht kleiner und schon gar nicht weniger: Die Sanierung zahlreicher gemeindeeigener Liegenschaften, die Raumplanungsprojekte Lischenmoos und Fünf-Egg, die Schaffung von neuem Wohnraum und Begegnungszonen oder die Erarbeitung eines soliden Budgets und, und, und. Lasst uns zusammen am gleichen Strang ziehen und uns gemeinsam für unsere Gemeinde einsetzen und vor allem, Kolleginnen und Kollegen: Tragen wir Sorge zu unserer politischen Kultur. Sie ist ein kostbares Gut.

Meine Tür steht Euch immer offen, völlig egal, welcher politischen Ausrichtung Ihr angehört. Ich höre Euch zu, ich bin da, wann immer Ihr mich braucht. Zum Schluss meiner Rede wünsche ich uns allen viel Erfolg, konstruktive, respektvolle Diskussionen und weitsichtige Entscheidungen, und das alles selbstverständlich noch mit der nötigen Prise Humor, ganz zum Wohl unserer Gemeinde – unus pro omnibus, omnes pro uno. Merci vielmals.

2. Wahl von 2 provisorischen Stimmenzählenden

Jan Köbeli (GP): Ich schlage als provisorische Stimmenzählende Kathrin Schnyder, SP, und Andreas Matter, SVP, vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als provisorische Stimmenzählende werden stillschweigend gewählt:

Andreas Matter, Muri bei Bern, SVP

Kathrin Schnyder, Gümligen, SP

3. Wahl des Präsidiums des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2025

Die Grünen Muri-Gümligen schlagen zur Wahl vor:

Gashi Hilmi, Nationaler Leiter Interessengruppen Unia
3074 Muri bei Bern

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Präsident des GGR für das Jahr 2025 wird einstimmig (bez. mit 1 Enthaltung) gewählt:

Hilmi Gashi, Muri bei Bern, Grüne.

Hilmi Gashi nimmt die Wahl an.

Jan Köbeli (GP): Ich gratuliere Dir herzlich zur Wahl in dieses ehrenvolle Amt. Ich wünsche Dir viele schöne Momente und alles Gute für das Jahr 2025. Herzliche Gratulation. Dann darf ich Dich bitten, Deinen Platz auf dem Podium einzunehmen. Nun übergebe ich Dir formell unsere Glocke und hiermit auch die Ratsleitung.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Jan. Gebt mir eine Sekunde Zeit, damit ich mich installieren kann und einen Schluck Wasser trinken kann, um die Nervosität runterzuspülen.

Lieber Gemeindepräsident, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger von Muri-Gümligen, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier, geschätzter Pressevertreter – lieber Pege –, liebe Gäste und Freunde, «e dhashura familja ime», ich freue mich, heute das Amt des Parlamentspräsidenten von Muri-Gümligen übernehmen zu dürfen. Das ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, die ich mit Respekt und Dankbarkeit annehme.

Wenn ich über drei Dekaden hinweg zurückdenke: Wer hätte gedacht, dass einer, der aus einem nicht so fernen Land, aber doch einem anderen Land in die Schweiz kommt, der es durch den Bewilligungsdschungel von Saisonnier, A-Bewilligung, B-Bewilligung, C-Bewilligung bis zum Schweizerpass geschafft hat, heute als Parlamentspräsident in dieser Gemeinde amten würde? Ich hätte das nicht gedacht. Die Erfahrung hat mir aber gezeigt: Es ist möglich, sich in einer neuen Heimat zurechtzufinden und aktiv an der Gesellschaft teilzunehmen, wenn man sich die nötigen Voraussetzungen erarbeitet und die Chancen nutzt, die einem geboten werden. Manchmal schafft man es wegen den guten Rahmenbedingungen und oft auch trotz der vorherrschenden strukturellen Hindernisse.

Zuerst möchte ich meiner Partei, den Grünen, für das Vertrauen und für die Unterstützung danken. Danken möchte ich Euch für die Wahl. Es ist mir eine besondere Ehre, diese Aufgabe zu übernehmen. Ein herzlicher Dank gilt auch meiner Familie, meiner Frau Violeta, meinem Söhnen Lenart und Endrit: «Faleminderit shumë zemra», auf Deutsch: vielen Dank meine Lieben. Ihr habt mich stets unterstützt und für viele Abwesenheiten am Abend Verständnis aufgebracht. Danke für die Diskussionen am Küchentisch, auch wenn ich manchmal als Politiker nicht immer eine Antwort wusste, beispielsweise, wann der Pumptrack endlich gebaut wird. Herzlichen Dank meinen Freunden, die mich auf diesem Weg immer unterstützt haben. Ich erinnere mich sehr stark an einen Freund von mir, der vielleicht später noch herkommt, Thömu Flury, und seine Eltern Max und Vreni, die am Auweg gewohnt haben. Durch sie habe ich diese Gemeinde in besonders positiver Erinnerung, wie sie mich hier als Freund ihres Sohnes aufgenommen haben. Danken möchte ich auch Laura Bircher in Abwesenheit für das Präsidieren dieses Rates im letzten Jahr. Ich konnte sehr viel lernen. Ich habe auch bewundert, wie sie diese Parlamentsarbeit mit Ruhe und Souveränität geleistet hat.

Ich schliesse mich den Gratulationen zur Wahl von Jan Köbeli an Euch, an die gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier, an und wünsche Euch viel Erfolg und gutes Gelingen in Eurer politischen Arbeit. Wir alle tragen die Verantwortung, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger von Muri-Gümligen zu vertreten und die notwendigen Entscheidungen für die Zukunft zu treffen.

Wir sollten uns, das sage ich mir immer wieder, der privilegierten Lage bewusst sein, in der wir uns als Politikerinnen und Politiker, aber auch als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes befinden. Wir leben in einem Land, das uns Rechte, Freiheiten und Möglichkeiten zur Mitgestaltung der Gesellschaft gibt. Doch wir dürfen nicht vergessen, dass nicht alle diese Privilegien in gleichem Masse geniessen können. Viele Menschen, auch in unserer Gemeinde, leben unter schwierigen Bedingungen, in ärmlichen Verhältnissen. Oft arbeiten sie 100 Prozent, und das Arbeitspensum reicht nicht, um zu überleben, um das Überleben in Würde zu sichern. Es gibt zudem viele Migrantinnen und Migranten, die immer wieder, trotz Bemühungen, nicht sicher sind, ob es reicht, und die auch Angst um ihren Aufenthaltsstatus haben. Zudem sind viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen, da sie weder wählen noch abstimmen dürfen. Wir haben die Zahlen unserer Gemeinde: 18 Prozent unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger haben zwar dieselben Pflichten, aber nicht die gleichen Rechte. Sie bezahlen Steuern, dürfen aber nicht über deren Bestimmung mitbestimmen.

Gute Politik ist in meinem Verständnis, die unterschiedlichen Lebensrealitäten zu berücksichtigen. Sie muss sicherstellen, dass niemand ausgeschlossen wird, dass politische Entscheidungen auch Menschen in den Mittelpunkt stellen, die nicht zu den Privilegierten gehören. Wir dürfen nicht nur für die Privilegierten sprechen, sondern müssen für alle, auch für die weniger Sichtbaren und Gehörten, Lösungen finden. Ich möchte die Lebensrealitäten dieser weniger Privilegierten in den Fokus rücken und ihnen in meinem Präsidialjahr eine Stimme geben. Diversität ist eine Stärke – aber nur, wenn wir sie aktiv nutzen und sicherstellen, dass alle Stimmen gehört werden. Es ist unsere Aufgabe, die politische Teilhabe für alle zu fördern und niemanden aufgrund von Herkunft, Status, sexueller Orientierung oder sozialer Lage auszuschliessen. Es braucht eine Kultur, die mehr auf Mitmachen und weniger auf Exklusivität beruht.

Als Parlamentarierinnen und Parlamentarier ist es unsere Verantwortung, so, wie es der Gemeindepräsident auch gesagt hat, darauf zu achten: Wie diskutieren wir? Was diskutieren wir? Was bestimmen wir hier? Als GGR-Präsident liegt es in meiner Verantwortung, einen reibungslosen Ablauf der parlamentarischen Arbeit zu gewährleisten. Das Präsidium, das Büro des GGR und die Verwaltung werden für gute Rahmenbedingungen sorgen, damit der Fokus auf die Debatte gerichtet ist und sie sachlich, fair und transparent ist. Ich werde die Sitzungen so leiten, dass Entscheidungen im Einklang mit unseren Reglementen getroffen werden. Als Ratspräsident vertrete ich keine politischen Interessen, sondern Sorge für einen möglichst gerechten und transparenten Ablauf der Verfahren.

Besonders wichtig ist mir, zuzuhören und die Argumente aller Seiten zu verstehen. Demokratie lebt in meinem Verständnis vom respektvollen Dialog unter Berücksichtigung unterschiedlicher Standpunkte. Zusammen mit dem Büro des GGR werde ich versuchen, für gute Rahmenbedingungen zu sorgen, damit die parlamentarische Arbeit effizient und respektvoll verläuft. Eure Mitverantwortung ist dabei entscheidend. Auch Eure Anregungen und Kritik werden bei mir und bei uns auf offene Ohren stossen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Euch allen und bin zuversichtlich, dass wir im kommenden Jahr gemeinsam wichtige Schritte für unsere Gemeinde und die Lebensqualität der Menschen, die hier leben und wirken, erreichen können. Ich danke Euch für die Aufmerksamkeit.

4. **Wahl der restlichen Mitglieder des Büros des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2025**
– 1. Vizepräsidium
– 2. Vizepräsidium
– 2 Stimmzählende

1. Vizepräsidium

Das forum Muri-Gümligen schlägt zur Wahl vor:

Grossen Gaby, lic. phil. hist., Dozentin PHBern, Gymnasiallehrerin
3074 Muri bei Bern

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als 1. Vizepräsidentin für das Jahr 2025 wird einstimmig (bzw. mit 1 Enthaltung) gewählt:

Gaby Grossen, Muri bei Bern, forum

Gaby Grossen nimmt die Wahl an und wechselt auf das Podium.

2. Vizepräsidium

Die FDP. Die Liberalen Muri-Gümligen schlagen zur Wahl vor:

Schenk Johanna, Juristin MLaw
3073 Gümligen

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als 2. Vizepräsidentin für das Jahr 2025 wird einstimmig (bzw. mit 1 Enthaltung) gewählt:

Johanna Schenk, Gümligen, FDP

Johanna Schenk nimmt die Wahl an.

2 Stimmzählende

Der Vorsitzende: Ihr habt zu Beginn Kathrin Schnyder und Andreas Matter als provisorische Stimmzählende gewählt.

Die SP Muri-Gümligen schlägt zur Wahl vor:

Schnyder Kathrin, Sozialarbeiterin
3073 Gümligen

Die SVP Muri-Gümligen schlägt zur Wahl vor:

Matter Andreas, Meisterlandwirt, Besamungstechniker
3074 Muri bei Bern

Diese Vorschläge werden weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Der Vorsitzende: Ich schlage eine gemeinsame Wahl vor. Gibt es dagegen Einwände? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Beschluss

Als Stimmenzählende für das Jahr 2025 werden einstimmig (bzw. mit 2 Enthaltungen) gewählt:

Andreas Matter, Muri bei Bern, SVP

Kathrin Schnyder, Muri bei Bern, SP

Andreas Matter und Kathrin Schnyder nehmen die Wahl an.

Der Vorsitzende: Damit ist das Büro für das Jahr 2025 bestellt.

**5. Wahl der Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission für die Amtsdauer vom 1. Januar 2025 bis am 31. Dezember 2028
Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums der GPK für das Jahr 2025**

Wahl der Mitglieder der GPK für die Jahre 2025–2028

Zur Wahl vorgeschlagen sind:

Arnold Luc, Leiter Finanzen, EMBA, 3074 Muri bei Bern, SP

Grütter K. Urs, Rechtsanwalt, dipl. Steuerexperte, 3073 Gümligen, SVP

Koelbing Martin, Pfarrer, Master of Public Administration, 3074 Muri bei Bern, forum

Scherrer Annette, lic. rer. pol, Sektionsleiterin BAKOM, 3074 Muri bei Bern, FDP

Weibel Raphael, Geschäftsleiter, 3073 Gümligen, FDP

Die Vorschläge werden weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Der Vorsitzende: Ich schlage vor, dass wir eine gemeinsame Wahl durchführen. Gibt es dagegen Einwände? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Beschluss

Als Mitglieder der GPK für die Amtsdauer 2025–2028 werden einstimmig (bzw. mit 2 Enthaltungen) gewählt:

Luc Arnold, Muri bei Bern

SP

K. Urs Grütter, Gümligen

SVP

Martin Koelbing, Muri bei Bern

forum

Annette Scherrer, Muri bei Bern

FDP

Raphael Weibel, Gümligen

FDP

Wahl des Präsidiums der GPK für das Jahr 2025

Die FDP. Die Liberalen Muri-Gümligen schlagen vor:

Weibel Raphael, Geschäftsleiter

3073 Gümligen

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Präsident der GPK für das Jahr 2025 wird einstimmig (bzw. mit 1 Enthaltung) gewählt:

Raphael Weibel, Gümligen

FDP

Raphael Weibel nimmt die Wahl an.

Wahl des Vizepräsidiums der GPK für das Jahr 2025

Das forum Muri-Gümligen schlägt vor:

Koelbing Martin, Pfarrer, Master of Public Administration
3074 Muri bei Bern

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Vizepräsident der GPK für das Jahr 2025 wird einstimmig (bzw. mit 1 Enthaltung) gewählt:

Martin Koelbing, Muri bei Bern

forum

Martin Koelbing nimmt die Wahl an.

**6. Wahl der Mitglieder der Regionalkommission für die Amtsdauer vom
1. Januar 2025 bis am 31. Dezember 2028
Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2025**

Mitglieder der Regionalkommission für die Jahre 2025–2028

Zur Wahl vorgeschlagen sind:

Bless Adrian, lic.rel.int. IHEID, Fachexperte SECO, Regionalrichter, Muri bei Bern, FDP
Gashi Hilmi, Nationaler Leiter Interessengruppen Unia, Muri bei Bern, Grüne
Grütter K. Urs, Rechtsanwalt, dipl. Steuerexperte, Gümligen, SVP
Koelbing Martin, Pfarrer, Master of Public Administration, Muri bei Bern, forum
Legler Bettina, Regionalrichterin, ehem. Assistentin Staatsanwaltschaft, Muri bei Bern, FDP
Soder Rolf, Verpflegungskordinator, Stv. Dienstchef Kantonspolizei Bern, Gümligen, FDP
Zaccaria Angelo, Kommunikationsspezialist, Gümligen, SP

Der Vorsitzende: Ich schlage eine gemeinsame Wahl vor. Insbesondere, weil ich selbst zur Wahl stehe, frage ich: Gibt es Einwände dagegen? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Die Vorschläge werden weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Mitglieder der Regionalkommission für die Amtsdauer 2025–2028 werden einstimmig gewählt:

Adrian Bless, Muri bei Bern	FDP
Hilmi Gashi, Muri bei Bern	Grüne
K. Urs Grütter, Gümligen	SVP
Martin Koelbing, Muri bei Bern	forum
Bettina Legler, Muri bei Bern	FDP
Rolf Soder, Gümligen	FDP
Angelo Zaccaria, Gümligen	SP

Wahl des Präsidiums der Regionalkommission für das Jahr 2025

Das forum Muri-Gümligen schlägt zur Wahl vor:

Koelbing Martin, Pfarrer, Master of Public Administration
3074 Muri bei Bern

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Präsident der Regionalkommission für das Jahr 2025 wird einstimmig (bzw. mit 1 Enthaltung) gewählt:

Martin Koelbing, Muri	forum
-----------------------	-------

Marin Koelbing nimmt die Wahl an.

Wahl des Vizepräsidiums für das Jahr 2025

Die FDP. Die Liberalen Muri-Gümligen schlagen zur Wahl vor:

Bless Adrian, lic.rel.int. IHEID, Fachexperte SECO, Regionalrichter
3074 Muri bei Bern

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Vizepräsident der Regionalkommission für das Jahr 2025 wird einstimmig (bzw. mit 1 Enthaltung) gewählt:

Adrian Bless, Muri bei Bern	FDP
-----------------------------	-----

Adrian Bless nimmt die Wahl an.

7. Wahl der Mitglieder und der Präsidien (ohne Baukommission, Schulkommission und Sozialkommission) der ständigen Kommissionen für die Amtsdauer vom 1. Januar 2025 bis am 31. Dezember 2028

Der Vorsitzende: Ich schlage vor, dass wir die Mitglieder jeweils in globo wählen. Sofern es ein Präsidium zu bestellen gibt, erfolgt die Wahl separat. Gibt es dagegen Einwände? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Wahl der Mitglieder der Baukommission für die Jahre 2025–2028

Zur Wahl vorgeschlagen sind:

Christ Stefan, Dipl. Arch. EHT/SIA/NDS, Muri bei Bern, forum
Fankhauser Suzanne, dipl. Dozentin PH / Supervisorin BSO/ARS, Muri bei Bern, SP
Rosat Christophe, Dr. jur. Rechtsanwalt, Muri bei Bern, FDP
Siebenrock Charlotte, Lehrerin, lic. jur., Muri bei Bern, SVP
Stucki Sven, Muri bei Bern, FDP
Zimmermann Marc, Bauleiter, Muri bei Bern, FDP

Die Vorschläge werden weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Der Vorsitzende: Das Präsidium hat von Amtes wegen Carole Klopstein als Gemeinderätin und Ressortvorsteherin inne.

Beschluss

Als Mitglieder der Baukommission für die Amtsdauer 2025–2028 werden einstimmig (bzw. mit 1 Enthaltung) gewählt:

Stefan Christ, Muri bei Bern	forum
Suzanne Fankhauser, Muri bei Bern	SP
Christophe Rosat, Muri bei Bern	FDP
Charlotte Siebenrock, Muri bei Bern	SVP
Sven Stucki, Muri bei Bern	FDP
Zimmermann Marc, Muri bei Bern	FDP

Präsidentin der Baukommission für die Amtsdauer 2025–2028 ist von Amtes wegen: Carole Klopstein, Gemeinderätin, Ressortvorsteherin Hochbau, Gümligen Grüne

Wahl der Mitglieder und des Präsidiums der Finanzkommission für die Jahre 2025–2028

Zur Wahl vorgeschlagen sind:

Arnold Luc, Leiter Finanzen, EMBA, Muri bei Bern, SP
Gashi Hilmi, Nationaler Leiter Interessengruppen Unia, Muri bei Bern, Grüne
Vonlanthen Peter A., Betriebswirtschafter, Muri bei Bern, FDP
Waber Andreas, Betriebswirtschafter HF/exec. MBA, CEO Swiss Fibre NetAG, Gümligen, FDP
Wälchli Urs, Prof. Dr. rer. oec., Titularprofessor, Unternehmer u. Verwaltungsrat, Muri bei Bern, FDP
Weiler Thomas, Betriebsökonom FH, Muri bei Bern, forum
Winkler Roger, Fachberufsmilitär, Gümligen, SVP

Die Vorschläge werden weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Mitglieder der Finanzkommission für die Jahre 2025–2028 werden einstimmig gewählt:

Luc Arnold, Muri bei Bern	SP
Hilmi Gashi, Muri bei Bern	Grüne
Peter A. Vonlanthen, Muri bei Bern	FDP
Andreas Waber, Gümligen	FDP
Urs Wälchli, Muri bei Bern	FDP
Thomas Weiler, Muri bei Bern	forum
Roger Winkler, Gümligen	SVP

Die FDP. Die Liberalen Muri-Gümligen schlagen als Präsidenten zur Wahl vor:

Vonlanthen Peter A., Betriebswirtschaftler
3074 Muri bei Bern

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Präsident der Finanzkommission für die Jahre 2025–2028 wird einstimmig gewählt:

Peter A. Vonlanthen, Muri bei Bern FDP

Planungs- und Verkehrskommission

Zur Wahl vorgeschlagen sind:

Aeschbacher Hans, Dipl. Landwirt, Gümligen, SVP
Balmer Thomas, Dipl. Ingenieur FH, Muri bei Bern, FDP
Beuret Arnaud, Rechtsanwalt, Muri bei Bern, SP
Gantner Barbara, Geologin, Muri bei Bern, forum
Grossenbacher Franziska, stv. Geschäftsleiterin Stiftung für Landschaftsschutz,
Muri bei Bern, Grüne
Müller Kearns Alan, Dipl. Bauingenieur EPFL, MBA, Muri bei Bern, FDP
Wälti Béatrice, Geschäftsführerin, Gümligen, SP

Die Vorschläge werden weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Mitglieder der Planungs- und Verkehrskommission für die Jahre 2025–2028 werden einstimmig gewählt:

Hans Aeschbacher, Gümligen	SVP
Thomas Balmer, Muri bei Bern	FDP
Arnaud Beuret, Muri bei Bern	SP
Barbara Gantner, Muri bei Bern	forum
Franziska Grossenbacher, Muri bei Bern	Grüne
Alan Müller Kearns, Muri bei	FDP
Béatrice Wälti, Gümligen	SP

Die Fraktion SVP Muri-Gümligen schlägt als Präsidenten zur Wahl vor:

Aeschbacher Hans, Dipl. Landwirt
3073 Gümligen

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Präsident der Planungs- und Verkehrskommission für die Jahre 2025–2028 wird mit einer Gegenstimme gewählt:

Hans Aeschbacher, Gümligen SVP

Schulkommission

Zur Wahl vorgeschlagen sind:

Eugster Simon, Dipl. Physiker, Stv. Chef Armeelogistikcenter Thun, Muri bei Bern, FDP
Kneubühler Heinz, CEO, MSc, EMBA IMD, Muri bei Bern, FDP
Liechti Erika, Sozialpädagogin, Sozialarbeiterin FH, Gümligen, forum
Messerli Patricia, lic. jur. Fürsprecherin, Gümligen, forum
Wiedmer Katharina, Prozessmanagerin SGO, Gümligen, SVP
Zaccaria Angelo, Kommunikationsspezialist, Gümligen, SP

Die Vorschläge werden weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Mitglieder der Schulkommission für die Amtsdauer 2025–2028 werden einstimmig (bez. mit 1 Enthaltung) gewählt:

Simon Eugster, Muri bei Bern	FDP
Heinz Kneubühler, Muri bei Bern	FDP
Erika Liechti, Gümligen	forum
Patricia Messerli, Gümligen	forum
Katharina Wiedmer, Gümligen	SVP
Angelo Zaccaria, Gümligen	SP

Präsidentin der Schulkommission für die Amtsdauer 2025–2028 ist von Amtes wegen:

Christa Grubwinkler, Gemeinderätin, Ressortleiterin Bildung, Gümligen	FDP
---	-----

Sportkommission

Zur Wahl vorgeschlagen sind:

Aeschbacher Beat, Dipl. Bauingenieur ETH/SIA, Dipl. Wirtschaftsingenieur FH, Muri bei Bern, FDP
Buff Ronald, Techniker HF, Gümligen, FDP
Gantner Barbara, Geologin, Muri bei Bern, forum
Raaflaub Ruth, pensioniert, ehem. Gymnasialsportlehrerin, Gümligen, FDP
Rimle Lukas, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Gümligen, SP
Wälti Mathias, IT-Architekt, Gümligen, forum
Winkler Jan, Bäcker in Ausbildung, Gümligen, SVP

Die Vorschläge werden weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Mitglieder der Sportkommission für die Amtsdauer 2025–2028 werden einstimmig (bzw. mit 1 Enthaltung) gewählt:

Beat Aeschbacher, Muri bei Bern	FDP
Ronald Buff, Gümligen	FDP
Barbara Gantner, Muri bei Bern	forum
Ruth Raaflaub, Gümligen	FDP
Lukas Rimle, Gümligen	SP
Mathias Wälti, Gümligen	forum
Jan Winkler, Gümligen	SVP

Die FDP. Die Liberalen Muri-Gümligen schlagen als Präsidenten zur Wahl vor:

Buff Ronald, Techniker HF
3073 Gümligen

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Präsident der Sportkommission für die Amtsdauer 2025–2028 wird einstimmig (bzw. mit 1 Enthaltung) gewählt:

Ronald Buff, Gümligen

FDP

Kommission für Abstimmungen und Wahlen

Zur Wahl vorgeschlagen sind:

Blumentritt Lukas, MSc-Student in Nachhaltigkeit, Muri bei Bern, FDP (JF)
Galliker Jana Lou, Studentin, Muri bei Bern, SP
Kauth Pascal, Jurist MLaw, Gümligen, FDP
Klaus Joël, Informatiker, Applikationsentwickler, Muri bei Bern, SP
Spycher Christian, Unternehmer, Gümligen, SVP
Stacho Angelina, Studentin Wirtschaftswissenschaften, Muri bei Bern, forum

Die Vorschläge werden weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Mitglieder der Kommission für Abstimmungen und Wahlen für die Amtsdauer 2025–2028 werden einstimmig gewählt:

Blumentritt Lukas, Muri bei Bern

FDP (JF)

Galliker Jana Lou, Muri bei Bern

SP

Pascal Kauth, Gümligen

FDP

Angelina Stacho, Muri bei Bern

forum

Jana Lou Galliker, Muri bei Bern

SP

Joël Klaus, Muri bei Bern

SP

Christian Spycher, Gümligen

SVP

Die FDP. Die Liberalen Muri-Gümligen schlagen als Präsidenten zur Wahl vor:

Kauth Pascal, Jurist MLaw
3073 Gümligen

Beschluss

Als Präsident der Kommission für Abstimmungen und Wahlen für die Amtsdauer 2025–2028 wird einstimmig gewählt:

Pascal Kauth, Gümligen

FDP

Der Vorsitzende: Eine Ergänzung: Edith Bircher, die bisherige Kommissionspräsidentin, steht der Kommission weiterhin auf Mandatsbasis zur Verfügung.

Umweltschutzkommission

Zur Wahl vorgeschlagen sind:

von Gunten Adrian, Kundenberater, Gümligen, SVP
Kaczala Gregor, Dr. med., Kinderarzt FMH, Gümligen, FDP
Lucas Christoph, dipl. phil.-nat, Geograph, dipl. Ingenieur FH Informatik, Muri bei Bern, forum
Müller Stephan, PD Dr. sc. Techn. ETH, Chemiker, Muri bei Bern, forum
Reich Julien, Polsterer, Berufsbildner, Unternehmer, Gümligen, FDP (JF)
Ryser Hansueli, ref. Theologe und Jazzmusiker, Gümligen, SP
Schenk Johanna, Juristin MLaw, Gümligen, FDP

Die Vorschläge werden weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Mitglieder der Umweltschutzkommission für die Amtsdauer 2025–2028 werden einstimmig gewählt:

Adrian von Gunten, Gümligen	SVP
Gregor Kaczala, Gümligen	FDP
Christoph Lucas, Muri bei Bern	forum
Stephan Müller, Muri bei Bern	forum
Julien Reich, Gümligen	FDP
Hansueli Ryser, Gümligen	SP

Die SP Muri-Gümligen schlägt als Präsidenten zur Wahl vor:

Ryser Hansueli, ref. Theologe und Jazzmusiker
3073 Gümligen

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Präsident der Umweltschutzkommission für die Amtsdauer 2025–2028 wird einstimmig gewählt:

Hansueli Ryser, Gümligen	SP
--------------------------	----

Sozialkommission

Zur Wahl vorgeschlagen sind:

Hibic Abid, Mitglied der ÜK-Kommission OdA Hauswirtschaft, Gümligen, FDP
Künti Karin, Theologin, Gümligen, SP
Legler Vanessa, Sozialarbeiterin, Muri bei Bern, SP
Miescher Shalu, Fürsprecherin, Muri bei Bern, SVP
Schmidt Michael, Rechtsanwalt, Muri bei Bern, FDP
Steiger Sebastian, Sozialanthropologe, Geograph, Gümligen, Grüne

Die Wahlvorschläge werden weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Mitglieder der Sozialkommission für die Amtsdauer 2025–2028 werden einstimmig (bez. mit 1 Enthaltung) gewählt:

Abid Hibic, Gümligen	FDP
Karin Künti, Gümligen	SP
Vanessa Legler, Muri bei Bern	SP
Shalu Miescher, Muri bei Bern	SVP
Michael Schmidt, Muri bei Bern	FDP
Sebastian Steiger, Gümligen	Grüne

Präsident der Sozialkommission für die Amtsdauer 2025–2028 ist von Amtes wegen: Bernhard Häuselmann, Gemeinderat, Ressortleiter Gesundheit und Soziales forum

Kulturkommission

Zur Wahl vorgeschlagen sind:

Eggli Caterina, lic. phil. I, Kunsthistorikerin, Inhaberin Art Consulting, Muri bei Bern, FDP
Kearns Francine, Geschäftsführerin Nachbarschaft Muri-Gümligen, Muri bei Bern, forum
Reich Arn Marianne, Unternehmerin, Muri bei Bern, FDP
Schnyder Kathrin, Sozialarbeiterin, Gümligen, SP
Thut Walter, lic. phil. I, Historiker und Gymnasiallehrer, Muri bei Bern, forum
Wakil Ramina, Teamleiterin armasuisse Immobilien, Muri bei Bern, SP
Wirth Katja, Dr. phil. I, Leiterin Dienststelle Forschungsförderung Uni Bern, Gümligen, Grüne

Die Vorschläge werden weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Mitglieder der Kulturkommission für die Amtsdauer 2025–2028 werden einstimmig (bez. mit 2 Enthaltungen) gewählt:

Caterina Eggli, Muri bei Bern	FDP
Francine Kearns, Muri bei Bern	forum
Marianne Reich Arn, Muri bei Bern	FDP
Kathrin Schnyder, Gümligen	SP
Walter Thut, Muri bei Bern	forum
Ramina Wakil, Muri bei Bern	SP
Katja Wirth, Gümligen	Grüne

Das forum Muri-Gümligen schlägt als Präsidenten zur Wahl vor:

Thut Walter, lic. phil. I, Historiker und Gymnasiallehrer
3074 Muri bei Bern

Beschluss

Als Präsident der Kulturkommission für die Amtsdauer 2025–2028 wird einstimmig gewählt:

Walter Thut, Muri bei Bern	forum
----------------------------	-------

Der Vorsitzende: Somit haben wir für die Legislaturperiode 2025–2028 alle Mitglieder der ständigen Kommissionen gemäss Gemeindeordnung gewählt.

8. Protokoll der Sitzung vom 19. November 2024

Das Protokoll wird stillschweigend genehmigt.

9. Budget 2025; vorbehaltene Beschlussfassung zur Steueranlage bei einer Ablehnung des Budgets in der Volksabstimmung vom 9.2.2025

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Zur Auskunftserteilung ist Finanzverwalter Sascha Balmer anwesend.

Luc Arnold (GPK): Die GPK hat Traktandum 9, «Budget 2025; vorbehaltene Beschlussfassung zur Steueranlage bei einer Ablehnung des Budgets in der Volksabstimmung vom 9. Februar 2025» in Anwesenheit des Finanzverwalters Sascha Balmer und des Gemeindepräsidenten Jan Köbeli besprochen. Wie schon gesagt, würde die Budgetvariante, die heute als vorbehaltener Beschluss behandelt wird, dem Stimmvolk am 23. März 2025 unterbreitet. Dies unter der Voraussetzung, dass das Budget am 9. Februar 2025 abgelehnt würde. Die GPK ist der Auffassung, dass das Geschäft gut vorbereitet wurde, und empfiehlt Euch deshalb, es heute zu behandeln.

Jan Köbeli (GP): Luc hat es bereits angetönt. Worum geht es heute? Ihr berätet über einen vorbehaltenen Beschluss. Falls das Budget am 9. Februar vom Stimmvolk abgelehnt würde, könnten wir umgehend Vorbereitungen für eine weitere Abstimmung über das Budget, über das Ihr heute beschliesst, einleiten. Das heisst, würde das Budget am 9. Februar allenfalls abgelehnt, hätten wir bezüglich des gesetzlichen Vorlaufs genügend Zeit, um am 23. März umgehend wieder eine zweite Abstimmung über das Budget, das wir heute beschliessen, durchzuführen. Wenn Ihr nicht auf das Geschäft eintretet oder wenn es abgelehnt wird, verlieren wir einfach Zeit. Dann wäre es nämlich so, dass wir am 9. Februar eine Abstimmung hätten, bei der das Budget unter Umständen abgelehnt würde, und mit den gesetzlichen Fristen könnten wir Euch erst wieder an der GGR-Sitzung vom 18. März ein neues Budget vorlegen, und weiterhin könnten wir mit den gesetzlichen Fristen eine Abstimmung erst am 18. Mai durchführen. Ihr seht also: Wir stellen einander den 23. März und den 18. Mai gegenüber. Das heisst, dank dem vorbehaltenen Beschluss von heute gewinnen wir fast zwei Monate. Der GR bittet Euch deshalb, auf das Geschäft einzutreten und das Budget zu genehmigen. Mit welchem Steuersatz oder Steuerfuss es auch immer ist, werdet Ihr heute entscheiden, respektive das wird das Volk entscheiden. Aber der GR bittet Euch, auf dieses Geschäft einzutreten und das Budget heute zu beschliessen, damit wir, falls das Budget am 9. Februar abgelehnt wird, bereits am 23. März zu einer zweiten Abstimmung schreiten können. Merci vielmals.

Eintreten wird nicht bestritten. Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende: Bitte haltet die Fraktionserklärungen wenn möglich zu beiden Anträgen.

Antrag SP:

Budget 2025; vorbehaltene Beschlussfassung zur Steueranlage bei einer Ablehnung des Budgets in der Volksabstimmung vom 9.2.2025: Wir beantragen, die ordentliche Steueranlage in Punkt 1 des Antrags des Gemeinderats auf das 1,12-fache der gesetzlichen Einheitsansätze (statt 1,09) festzulegen. Die restlichen Punkte des Antrags des Gemeinderats sollen unverändert bestehen bleiben.

Fraktionserklärungen

Franziska Grossenbacher (Grüne): Wir Grünen sind etwas irritiert, dass wir heute Abend schon wieder eine Steuerdebatte führen. Fakt ist: Der GR hat uns im Oktober ein Budget ohne Steuersenkung vorgelegt. Dieses Budget haben wir im GGR im Oktober verabschiedet. Mit dem Referendum, das die FDP eingereicht hat, wurde klar: Jetzt soll die Stimmbevölkerung darüber entscheiden, wie hoch unser Steuerfuss ist. Wir Grünen haben den demokratischen Prozessen gegenüber viel Respekt. Deshalb stört es uns sehr, dass wir heute Abend, vor dem Entscheid der Stimmbevölkerung, ein Budget mit einer Steuersenkung genehmigen sollen. Es ist nicht der richtige Zeitpunkt für diese Diskussion hier im Saal.

Wir verstehen, dass der budgetlose Zustand für uns als Gemeinde und für den Gemeinderat nicht lustig ist. Vieles, was parat ist, muss aufgeschoben werden. Ihr habt es vielleicht gesehen: Unser frisch gewählter Präsident erhielt heute Abend nicht einmal einen Blumenstrauss. Was der GR aber jetzt macht, ist von uns aus gesehen vorauseilender Gehorsam und zeigt auch wenig Respekt gegenüber der Stimmbevölkerung. Wir hätten ein Vorgehen begrüsst, das zuerst den Entscheid der Stimmbevölkerung abgewartet hätte und dann, bei einer Ablehnung des Budgets, mit einem beschleunigten Vorgehen ein revidiertes Budget vorgelegt hätte.

Für uns Grüne ist klar: Eine Steuersenkung kann sich unsere Gemeinde im Moment nicht leisten, und diese Botschaft werden wir bis zum 9. Februar gegenüber der Stimmbevölkerung aussenden. Wenn das Budget am 9. Februar abgelehnt wird, ist für uns ebenso klar, dass wir den Auftrag haben, ein Budget mit einer Steuersenkung vorzulegen. Wir werden aber sicher nicht heute Abend schon in vorauseilendem Gehorsam ein Budget mit einer Steuersenkung verabschieden und werden uns deshalb bei der Abstimmung enthalten. Dem Antrag der SP werden wir zustimmen, weil wir den Eindruck haben, dass diese Variante gegenüber unseren Finanzen doch verantwortungsvoller wäre.

Emanuel Zloczower (FDP): Herr Präsident des GGR, ich gratuliere noch zur Wahl. Zunächst dankt die Fraktion der FDP und des Jungfreisinns dem GR für die Unterbreitung dieses vorbehaltenen Entschlusses für den Fall, wir haben es gehört, dass das Budget im Februar an der Urne scheitern sollte. Besten Dank auch Kollege Koelbing, der die Idee schon einmal eingebracht hatte. Obwohl ich damals dagegen war, finde ich es heute eine gute Sache. Ich folge dir nicht ganz, Franziska, weil ich doch das Gefühl habe: Sollte das Budget an der Urne abgelehnt werden, würden wir effektiv Zeit gewinnen. Ob wir die Diskussion heute führen oder erst im Februar, spielt, denke ich, keine so grosse Rolle.

Die Fraktion unterstützt deshalb auf jeden Fall diesen vorbehaltenen Entschluss, ist sich aber noch nicht einig, ob sie den Gegenvorschlag der SP auch unterstützen möchte. Ich bitte um ein kurzes Timeout nach den Fraktionserklärungen, damit wir uns diesbezüglich einig werden können. Ich begründe aber trotzdem schon jetzt, weshalb wir für eine Steuersenkung sind. Ich verweise in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf die Voten, die ich an der Sitzung vom 22. Oktober 2024 hielt, siehe die Seiten 885 und 886 des Protokolls, und auf den Motionstext, der an der Sitzung ebenfalls debattiert wurde. Die von der FDP vorgebrachte Steueranlage und Reduktion der Steueranlage ist bereits moderat.

Eine Reduktion der Steueranlage würde nicht dazu führen, dass notwendige

Investitionen nicht getätigt werden können. Es ist auch ein Witz, und es entspricht im Übrigen nicht der Realität, dass bei einem reduzierten Steuersatz von neu 1,09, wenn er durchkäme, kein Geld für Schulen mehr vorhanden wäre. Solche Behauptungen sind schlicht falsch, polemisch und unseres Erachtens eines Parlaments, wie wir eins sind, nicht würdig. Bleiben wir deshalb bei den Fakten. Jede notwendige Investition wird auch mit einer tieferen Steueranlage getätigt werden können. Allenfalls würde man vielleicht bei den einzelnen Ausgaben schauen, ob es günstigere Alternativen gäbe. Das wäre durchaus erwünscht. Durch die Steuersenkung, wie wir sie wollen, sollen keine Schulden generiert werden. Es ist auch nicht das Ziel, Reserven abzubauen. Sollte es aber wider Erwarten in der Jahresrechnung einmal ein kleines Defizit geben, wäre das mit unseren finanzpolitischen Reserven kein Beinbruch oder, jetzt in meinem Fall, keine Schulterverletzung.

Notabene nimmt unsere Gemeinde seit Jahren regelmässig mehr Geld ein als budgetiert wurde. Ob das im letzten Jahr, im Jahr 2024, auch der Fall war oder nicht: Wir werden es sehen. Mit einer solchen Steuersenkung soll auch kein Steuerwettbewerb losgetreten werden, schon gar nicht mit einer Nachbargemeinde wie Ittigen. Die Steuersenkung soll aber unseren steuerzahlenden Bürgern zeigen, dass wir sorgfältig mit ihren Steuergeldern umgehen. Zu behaupten, dass das für einzelne Bürger keine Rolle spiele, ist von mir aus gesehen der falsche Ansatz. Es geht um das grosse Bild. Es geht darum zu zeigen, dass wir mit dem Geld sorgfältig umgehen und trotzdem immer noch die notwendigen Staatsaufgaben angehen und umsetzen, so, wie Du es in Deinem Votum auch gesagt hast. Es geht uns nicht darum, eine Spardebatte loszutreten. Wer behauptet, bei Annahme eines tieferen Steuersatzes müsse auf notwendige Investition oder auf notwendige Sanierungen oder auf Mittel für die Schule verzichtet werden, der muss sich fragen, ob er wirklich aufrichtig debattiert.

Wie schon gesagt: Der FDP ist es sehr wichtig, dass wir eine Steuersenkung präsentieren können. Wir haben es aber moderat gemacht und haben absichtlich – ich wiederhole es erneut –, darauf verzichtet, in der Budgetdebatte über einzelne Posten zu diskutieren, um Ausgaben zu senken. Es geht uns einfach darum, sorgfältig mit dem Geld umzugehen. Über den Rest, welche Variante wir favorisieren, möchten wir, wie schon gesagt, nach einem Timeout Stellung nehmen. Besten Dank.

Manuel Sager (forum): Die forums-Fraktion ist bei Traktandum 9 in einem Dilemma. Sowohl der Antrag des GR als auch derjenige der SP verfolgen ein erstrebenswertes Ziel, nämlich die Verkürzung des budgetlosen Zustands um mehrere Monate. Bekanntlich war die Haltung des forums immer, dass wir gegen einen solchen budgetlosen Zustand sind. Deshalb haben wir auch wiederholt gegen das Referendum der FDP Stellung genommen. Andererseits wäre es naiv zu glauben, dass mit einem vorbehaltenen Beschluss heute, der eine Steuersenkung, welche es denn auch ist, bereits vorwegnimmt, kein politisches Signal ausgesendet würde: Seht Ihr, die politischen Behörden, der GR und das Parlament, haben die Steuersenkung bereits vorweggenommen, es geht also doch.

Das forum ist nicht bereit, dieses Signal auszusenden. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass eine Steuersenkung zum heutigen Zeitpunkt falsch ist. Das führt uns, wie gesagt, in ein Dilemma. Auf der einen Seite möchten wir natürlich den budgetlosen Zustand verkürzen, falls es am 9. Februar zu einem Nein kommt. Auf der anderen Seite sind wir aber klar dagegen, dass man schon jetzt, vor dem 9. Februar, mit einer grossmehrheitlichen Zustimmung zum Antrag des GR oder der SP den falschen Eindruck vermittelt, dass die politischen Instanzen diese Steuersenkung bereits eingepreist haben und eigentlich ganz gut damit leben können.

Dieses Dilemma lässt sich auch durch ein sorgfältiges Abwägen der sich widersprechenden Anliegen nicht auflösen. Deshalb tendieren wir im forum zu einer

Stimmenthaltung in der Schlussabstimmung. Ich sage tendieren, denn bei uns ist bekanntlich Stimmfreigabe Programm; was passieren wird, wissen wir am Schluss. Bei der Abstimmung über die Anträge des GR und der SP werden wir für den Antrag des GR stimmen. Selbstverständlich wäre die Steuersenkung auf 1,12, welche die SP vorschlägt, näher bei unserem Anliegen, gar keine Steuersenkung zu machen. Aber gestützt auf die Abstimmungsunterlagen und die Abstimmungsbotschaft gehen wir davon aus, dass die meisten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ihr Abstimmungsverhalten auf 1,09 und nicht auf 1,12 ausrichten. Diese sind in den Abstimmungsunterlagen eben gar nicht enthalten. Abgesehen davon muss man auch davon ausgehen, dass bereits viele abgestimmt haben. Dies, wie gesagt, gestützt auf die vorhandenen Abstimmungsunterlagen. Mit anderen Worten: Dass wir in der ersten Abstimmung für den Antrag des GR stimmen, ist für uns nicht zuletzt auch eine Frage der Redlichkeit gegenüber dem Stimmvolk. Merci.

K. Urs Grütter (SVP): Ich kann gleich anschliessen: Ehrlichkeit gegenüber dem Stimmbürger. Der Stimmbürger liess innert kürzester Zeit ein Referendum gegen dieses Budget zustande kommen. Es waren rund 10 Prozent der Stimmberechtigten oder der Stimmenden. Jedenfalls erhielten wir einen deutlichen Fingerzeig, dass es wohl Zeit wäre, das einmal genauer zu prüfen. Insbesondere ist dieser Eventualbeschluss oder dieses Eventualbudget von mir aus gesehen ein wesentlicher Punkt für die jetzige Abstimmung. Der Stimmbürger kauft so nicht die Katze im Sack. Er weiss ganz genau: Wenn wir heute das Eventualbudget beschliessen und das Hauptbudget bachab schicken, steht das andere Budget. Wenn jemand nun das Gefühl hat, die Senkung auf 1,09 – oder das, was wir beschliessen werden – sei zu viel, dann wird er möglicherweise eben anders stimmen, als wenn er einfach nicht weiss, was kommt, wenn man das Budget ablehnt. Also: Wenn wir dem Stimmbürger klaren Wein einschenken wollen, was passiert, wenn er das Budget ablehnt, ist es höchste Zeit, dass wir die Eventualvariante beschliessen. Deshalb werden wir uns in keiner Art und Weise enthalten.

So, und jetzt zum Stoff, der enthalten ist. Im Abstimmungsbüchlein konntet Ihr lesen: Wir haben CHF 44,4 Mio. Eigenkapital, knapp 11 Steueranlagezehntel. Das heisst, ein Steueranlagezehntel ist gegen CHF 4 Mio. In unseren immer noch gültigen finanziellen Rahmenbedingungen beträgt die Zielgrösse des Eigenkapitals 3 Steuerzehntel und damit rund CHF 12 Mio. Also hat die Gemeinde in den letzten Jahren, trotz der immer wieder beschworenen flexiblen Handhabung der Steueranlage, CHF 32 Mio. zu viel Steuern eingenommen. Wenn man jetzt sagen würde: Okay, jetzt lassen wir uns einmal beim Wort nehmen und zahlen diese CHF 32 Mio. innerhalb einer vernünftigen Frist wieder zurück. Dann könnte man sagen: Was ist eine vernünftige Frist? – Etwa sechs Jahre. CHF 32 Mio. in sechs Jahren gibt etwa CHF 5 Mio. pro Jahr. Damit sind wir bei einer Steueranlage von 1,0 und nicht von 1,09. Wenn wir jetzt 1,09 beschliessen würden, haben wir effektiv CHF 2 Mio., die wir pro Jahr weniger einnehmen, als wenn wir auf den 1,14 bleiben würden. Das heisst, wir würden den Überhang, den wir heute haben, diese CHF 32 Mio., in 16 Jahren auf null abbauen. Das sind die Verhältnisse, in denen wir sind.

Wenn wir jetzt noch ein wenig über Prozente sprechen, kann man auch sagen: Wir haben das Volk bewegt, und wenn wir mit 1,09 kommen, senken wir das Budget, das rund CHF 85 Mio. beträgt, um 2,3 Prozent. Immerhin etwas, hat das Mäuschen gesagt, als es ins Meer gepinkelt hat. Wenn wir jetzt aber auf 1,12 gehen würden, würden wir das Budget um CHF 800'000 kürzen, um 0,94 Prozent. Dann bewegen wir den ganzen demokratischen Apparat – Referendum, Volksabstimmung –, um wegen 0,94 Prozent am Budget herumzuznippeln. Das ist das Volk vera... – Punkt. Merci.

Luc Arnold (SP): Bevor ich zum eigentlichen Inhalt des Geschäfts spreche, erlaube ich mir doch noch ein paar einleitende Worte. Wie den Grünen ging es auch der SP. Die vorbehaltene Beschlussfassung, die wir heute treffen, begrüsst die SP-Fraktion

im Grundsatz eigentlich nicht. Wir sind der Meinung, dass sich die Meinungsbildung auf die Abstimmung vom 9. Februar auswirkt. Dann stimmen wir über ein vom Parlament beschlossenes Budget ab, das wegen einem Referendum jetzt vor dem Stimmvolk ist. Das heisst, wir haben nicht eine Auswahl von zwei Steuersätzen. Sondern es geht darum, ein von uns beschlossenes Budget durch das Volk bestätigen oder ablehnen zu lassen. Wir verstehen aber auch den GR, der den budgetlosen Zustand so kurz wie möglich halten möchte, und unterstützen aus diesem Grund das Anliegen, und wir bestreiten sicher auch nicht das Eintreten auf das Geschäft.

Wir haben uns auch überlegt, dass man sich beim vorliegenden Geschäft enthalten könnte, und haben diese Option durchgespielt. Wir haben uns aber sehr bewusst dagegen entschieden. Denn wir sind der Meinung, dass wir als Mitglieder des GGR vom Stimmvolk gewählt wurden, um uns in den politischen Prozessen hier im Parlament einzubringen. Das machen wir unserer Meinung nach nicht, wenn sich die ganze Fraktion bei einem so wichtigen Traktandum enthalten würde.

Wir sind dann etwas in die Offensive gegangen, haben den Kompromiss gesucht und den Antrag gestellt, der Ihnen allen bekannt ist: Eine Budgetvariante mit einer ordentlichen Steueranlage von 1,12. Der Rest ist mit dem Antrag des GR identisch. Damit Ihr den Antrag nicht falsch versteht, ist mir wichtig, noch einmal zu betonen: Die SP-Fraktion ist nach wie vor gegen eine Steuersenkung. Die Gemeinde sieht sich immer noch mit einem Investitionsvolumen von CHF 86 Mio. bis ins Jahr 2029 konfrontiert. Das wird unsere Verschuldung arg strapazieren. Wir kannten bisher einen Schuldendeckel von CHF 50 Mio. Diesen sprengen wir gemäss Finanzplan um CHF 30 Mio. und mehr. Die Verschuldung genau jetzt durch eine Steuersenkung, die nun einmal verfrüht kommt, noch einmal um CHF 10 Mio. zu steigern, erachten wir nicht als verantwortungsvolle Finanzpolitik.

Die SP-Fraktion unterstützt nach wie vor das Budget in unverändertem Zustand oder mit unveränderten Steuersätzen, das am 9. Februar zur Abstimmung kommt. Sollte das Budget aber wider Erwarten vom Stimmvolk abgelehnt werden, ist für uns auch klar, dass wir am 23. März eine Budgetvariante mit reduzierten Steuersätzen präsentieren müssen. Wie wir bereits in der Budgetdebatte im Herbst klargestellt haben, ist eine Steuersenkung auf 1,09 zum jetzigen Zeitpunkt für unsere Fraktion unvernünftig und deshalb keine Option. Diese Haltung gilt auch für den Fall, dass das Budget am 9. Februar durch das Stimmvolk abgelehnt würde. Aus diesem Grund werden wir heute auch den Antrag des GR ablehnen.

Stattdessen stellen wir Antrag auf ein Budget mit einer ordentlichen Steueranlage von 1,12. Dies selbstverständlich als vorbehaltener Beschluss, falls das Budget 2025 in der Volksabstimmung von Februar abgelehnt würde. Wir sind der Meinung, mit diesem Vorschlag doch dem Volkswillen Rechnung tragen zu können. Zeitgleich belastet unser Vorschlag natürlich die Verschuldung von Muri-Gümligen. Das ist auch nicht, was wir wollen. Aber er belastet sie nicht so übermässig, wie es bei einem Steuersatz von 1,09 sein könnte. Für die SP-Fraktion ist dies als eine Art Schadensbegrenzung zu werten. Zeitgleich erachten wir es aber auch als mehrheitsfähigen Kompromiss. Aus unserer Sicht wäre es besonders wichtig, dass dem Volk, sollte es so weit kommen, dass wir am 23. März ein zweites Mal über das Budget abstimmen, eine Vorlage vorliegt, der das Parlament breit zustimmen konnte.

Kurz zusammengefasst: Die SP-Fraktion beantragt die Budgetvariante, die bereits vorliegt, mit einer Steueranlage von 1,12. Wir werden natürlich unseren Antrag unterstützen und lehnen den Antrag des GR mit einer ordentlichen Steueranlage von 1,09 ab. Ich bitte Euch an dieser Stelle darum, es zu besprechen, wenn wir ein Timeout nehmen, und doch zum Schluss zu kommen, dass die SP gar keine so schlechte Idee hatte, und unseren Antrag zu unterstützen. Merci.

Der Vorsitzende: Danke für Eure Voten. Vor dem Timeout und der Abstimmung zu den Anträgen kommen wir zur Detailberatung. – Gibt es weitere Wortmeldungen?

Emanuel Zloczower (FDP): Könnten wir das Timeout jetzt machen, vor der Detailberatung?

Der Vorsitzende: Wie lange braucht Ihr? Fünf Minuten, zehn Minuten? – Gut, wir sehen uns in fünf Minuten wieder hier im Saal.

Kurze Unterbrechung.

Emanuel Zloczower (FDP): Merci, dass wir ein Timeout haben konnten. Wir haben die Argumente noch einmal abgewogen. Die Fraktion FDP wird dem Antrag des GR zustimmen und verdankt den Kompromissvorschlag der SP, wird diesen aber ablehnen. Merci vielmals.

Detailberatung

Martin Koelbing (forum): Das Wichtigste, das wir den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern schuldig sind, ist, soweit wir in der Lage dazu sind, Transparenz. Also zu sagen: Was tun wir, was tun wir nicht? Wie setzen wir allfällige Beschlüsse der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger um? In dieser Hinsicht sind wir eben nicht frei. Wenn wir das Abstimmungsbüchlein so verfasst hätten, dass wir gesagt hätten: Das ist das Budget, dem Ihr nun zustimmen könnt oder das Ihr ablehnen könnt, und wenn es abgelehnt wird, machen wir uns erneut Gedanken darüber. Dann wären wir frei. Aber wir sind es nicht. Sondern wir haben es im Abstimmungsbüchlein klar schon vorweggenommen und gesagt: Falls die Stimmbürgerin, der Stimmbürger das Budget ablehnt, heisst es, dass wir ein neues Budget mit dem Antrag der FDP vorlegen werden. Das ist auch sinnvoll. Damit schwächt man die Position des Budgets und des Kampfs für das Budget nicht. Man sagt damit nicht: Dieses Budget will ich gar nicht. Sondern man sagt einfach vorausschauend, was passiert, wenn. Es ist, wie wenn ich eine Bergtour mache und in der Hütte überlege: Wo kann ich wie aussteigen, wenn es einen Wetterumschwung gibt? Damit sage ich nicht, ich will gar nicht auf den Berg. Ich wappne mich bloss. Aus diesem Grund, so sympathisch der Kompromissvorschlag der SP auch ist, verunmöglicht ihn das Abstimmungsbüchlein meiner Ansicht nach.

K. Urs Grütter (SVP): Ich möchte denen, die grundsätzlich gegen eine Steuersenkung sind, noch zu bedenken geben, dass sie wahrscheinlich in der Eventualabstimmung dem Antrag des GR zustimmen müssten. Dann könnten sie nämlich während der laufenden Abstimmungsperiode noch gross Reklame machen, wie schlimm es sei und wie viel aus dem Budget falle. Bei CHF 2 Mio. ist es natürlich wesentlich mehr als bei CHF 800'000. Bei CHF 2 Mio. könnt Ihr vielleicht noch ein paar Personen dafür gewinnen, das vorgelegte Budget eben nicht abzulehnen. Merci.

Luc Arnold (GPK) *verzichtet auf ein Schlusswort.*

Jan Köbeli (GP): Danke vielmals für die sehr angeregten Diskussionen. Ich halte fest: Der GR hält eine Steuersenkung zum aktuellen Zeitpunkt immer noch für verfrüht. Dies insbesondere angesichts der bevorstehenden Investitionen. Aber voilà. Mit diesem Vorgehen gewinnen wir einfach Zeit. Ich habe es vorhin ausgeführt. Kein Budget zu haben, ist nicht so lustig. Es ist, wie wenn man sich in den Finger schneidet. Man kann mit einem Schnitt im Finger leben, aber je schneller er heilt, desto besser. Der Gemeinderat möchte jetzt gerne beginnen, zu arbeiten, wir möchten gerne Gas geben. Aber viele wichtige Projekte sind blockiert und können nicht vorwärtsgehen, weil wir einfach kein Budget haben. Dementsprechend muss ich dieses Vorgehen verteidigen. Ich finde es auch durchaus sinnvoll, weil wir

mit diesem Vorgehen zwei Monate Zeit gewinnen.

Dass es ein politisches Signal senden kann, und ob es ein politisches Signal sendet, – das zu beurteilen, überlasse ich Ihnen, dem Parlament. Was man aber sagen kann, ist: Es schafft Transparenz. Das wurde von verschiedener Seite erwähnt. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wissen ganz genau, was sie bekommen, wenn sie das Budget am 9. Februar annehmen. Sie wissen aber auch ganz genau, was sie bekommen, wenn sie es am 9. Februar ablehnen. Wenn sie es ablehnen und wir keinen vorbehaltenen Beschluss haben, weiss das Volk nicht, was passiert. Meiner Ansicht nach schafft das eben auch Transparenz. Ich habe geschlossen, merci.

Kein Rückkommen.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Beschlussfassung und befinden über die beiden Anträge. Der Antrag des GR sieht eine Steueranlage von 1,09 vor, der Antrag der SP eine Steueranlage von 1,12.

Beschluss

Der Antrag GR obsiegt gegenüber dem Antrag SP mit 26:11 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Beschlussfassung über den Antrag des GR zuhanden einer allfälligen zweiten Volksabstimmung.

Beschluss (21 Ja / 8 Nein / 10 Enthaltungen)

Für den Fall der Ablehnung des Budgets 2025 in der Volksabstimmung vom 9.2.2025 wird das Budget 2025 genehmigt bestehend aus:

1. Genehmigung der Steueranlagen für das Jahr 2025 (**verändert**):
 - Ordentliche Steueranlage: das 1,09-fache der gesetzlichen Einheitsansätze;
2. Genehmigung der Steueranlagen für das Jahr 2025 (unverändert):
 - Liegenschaftssteuern: 0,7 ‰ der amtlichen Werte
3. Genehmigung der Feuerwehrgeldersatzabgabe von 7 % der einfachen Steuer, mindestens CHF 100, maximal CHF 450 (verändert)¹
4. Das Budget 2025 wird genehmigt bestehend aus:

	Aufwand Gesamthaushalt	CHF	85'530'850
	Ertrag Gesamthaushalt	CHF	81'662'850
	Aufwandüberschuss Gesamthaushalt	CHF	– 3'868'000
Davon:	Aufwand Allgemeiner Haushalt	CHF	83'494'550
	Ertrag Allgemeiner Haushalt	CHF	79'594'550
	Aufwandüberschuss Allgemeiner Haushalt	CHF	– 3'900'000
	Aufwand Abfall	CHF	2'036'300
	Ertrag Abfall	CHF	2'068'300
	Ertragsüberschuss Abfall	CHF	32'000

¹ Verändert aufgrund der Zustimmung des GGR zum revidierten Feuerwehreglement an seiner Sitzung vom 19. November 2024.

10. **Stufenzusammenführung Seidenberg/Moos/Dorf; Verpflichtungskredite**

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Für die Auskunftserteilung ist Alain Portmann, Leiter Bildung, anwesend.

Raphael Weibel (GPK): Die GPK erhielt an ihrer Sitzung vom 15. Januar einen vertieften Einblick in das Geschäft. Christa Grubwinkler als verantwortliche Gemeinderätin und Alain Portmann als Leiter Bildung haben uns aufgezeigt, dass hinter der etwas knapp gehaltenen schriftlichen Ausführung ein qualifizierter Beschaffungsprozess mit umfangreichen Überlegungen und Abklärungen steht. Mit der Stufenzusammenführung gründen wir eine neue Schule, hat uns Alain Portmann gesagt. Das ist auch richtig so. Uns wurde aufgezeigt, dass Zeitdruck besteht. Am 1. August 2025 startet die neu strukturierte Schule. Es wurde aufgezeigt, dass für die Vorbereitung und die Umsetzung eines zielgerichteten Unterrichts passend ausgestattete Arbeitsplätze für die Lehrpersonen und gut eingerichtete Schulzimmer für die Schülerinnen und Schüler zwingend sind. Es wurde uns ebenfalls aufgezeigt, dass das bisherige Mobiliar abgelebt, unansehnlich, heute eher unzweckmässig und auf jeden Fall weitgehend am Ende seiner Lebensdauer stehe. Es fehlten häufig Ersatzteile für Reparaturen.

Die neue Schulstruktur löst zudem neue Bedürfnisse aus, Stichwort Schülerspinde. Uns wurde bestätigt, dass eine gründliche Bedarfsanalyse gemacht worden sei, dass man ein Inventar des bestehenden Mobiliars aufgenommen habe und man anschliessend alle Betroffenen und Interessierten einbezogen habe, um ein Konzept zu erarbeiten. Basierend auf diesem Konzept seien danach Richtofferten eingeholt worden, und man habe entsprechende Zuschlagskriterien formuliert. Das Motto sei gewesen: Kein Luxus, aber wertig im Sinne von langlebig. Eben so, wie wir uns das in Muri-Gümligen gewohnt sind.

Unter Einbezug der ausführlichen mündlichen Erläuterungen der Verantwortlichen erachtet die GPK das Geschäft als formell in genügender Weise vorbereitet und empfiehlt dem Rat deshalb seine Beratung.

Christa Grubwinkler (GR): Ich sah das Zwinkern von Raphael schon. Ich entschuldige mich, dieses Geschäft war für Euch nicht ganz einfach zu verstehen. Ich konnte es Euch dann aber in sämtlichen Anrufen und Diskussionen auch wirklich so erläutern, dass es jetzt für alle klar ist. Raphael hat eigentlich schon fast alles zusammengefasst. Es ist mir wichtig, noch einmal zu sagen: Wir achten extrem auf die Kosten. Aber Ihr wisst: Schülerinnen und Schüler gehen mit gewissen Dingen vielleicht nicht ganz so sorgfältig um. Deshalb müssen es solide Möbel sein. Aber auch da sind wir sogar am Prüfen, dass nicht alles neu sein muss, dass wir vielleicht sogar wertige Secondhand-Möbel anschaffen können.

Ich möchte kurz auf die 330 Spinds eingehen. Ab August 2025 haben wir 330 Oberstufenschüler. Die Frage ist aufgetaucht: Es hat doch jeder ein Hauptklassenzimmer, weshalb brauchen wir dann 330 Spinds? Stellt Euch vor, Ihr sitzt gerade in einer Klasse und seid gerade an einem Franz-Test. Jetzt kommt der von der Real-Stufe schnell sein vergessenes Franz-Buch holen. – Super, oder? Das geht einfach nicht. Deshalb brauchen wir Spinds, damit unsere Schülerinnen und Schüler in ihren Modell-3-Fächern ungestört arbeiten können.

Zu den Lehrerzimmern hat Raphael auch schon gesprochen. Es ist zum Teil fast ein wenig beschämend, wenn man diese Zimmer betritt. Es ist wichtig, dass wir einen guten Neustart für die Oberstufe im Schulhaus Seidenberg und für die machen, die ins Schulhaus Moos zügeln werden. Wir wollen, dass alle Lehrpersonen dieselben Voraussetzungen haben. Denn es werden nicht alle zügeln. Es werden Lehrpersonen bleiben, andere zügeln. Wir möchten, dass alle einen gleichen Neustart haben, sich alle so gut wie möglich zuhause fühlen und es nicht heisst, die Neuen können sehen, wohin sie gehen. Das ist uns wirklich wichtig.

Es ist ein grosser Betrag, das ist mir bewusst. Ich komme immer wieder damit, aber

solange ich Ressortchef Bildung bin, müsst Ihr das immer wieder hören: Auf meinem Grabstein, der wohl nicht aus Ziegelstein sein wird, aber wohl auch kein Carrara-Marmor, wird vielleicht stehen: «Sie hat sich immer für einen Skoda Flavia, keinen Dacia und keinen Ferrari eingesetzt» Wir brauchen solide Möbel, damit es auch für die nächsten Jahre hält.

Ich glaube, jetzt habe ich wirklich alles gesagt. Raphael, nächstes Mal kannst du meine GR-Berichterstattung schreiben. Das war perfekt. Wenn Ihr noch weitere Fragen habt, steht Alain gerne zur Verfügung. Allenfalls kannst du mich auch gleich ergänzen. Dann würde ich Dir gerne das Wort überlassen. Denn Alain ist hier wirklich der Profi, und die Profis sollen jetzt noch das Wort haben.

Alain Portmann: Zu ergänzen habe ich nicht mehr viel. Raphael hat es zusammengefasst, was wir besprochen haben. Ich kann nur sagen: Es ist so. Wir gingen professionell vor, von der Analyse bis zu diesem Verpflichtungskredit mit den Eignungskriterien. Ich möchte nur noch einmal festhalten: Bevor ich diese Stelle antrat, war die Stufenzusammenführung im Vorstellungsgespräch das Hauptthema. Das war im April 2023. Damals sind wir mit Christa und den neu gewählten Schulleitungen zusammengesessen – ich rolle diese Geschichte nicht neu auf, Ihr wisst, wie es lief – und haben uns geschworen: Gehauen wie gestochen, im Jahr 2025 wird diese Stufenzusammenführung umgesetzt. Das ist der politische Wille dieser Gemeinde. Das will diese Gemeinde. Wir diskutieren nicht ob oder ob wir noch die Zeit verschieben, sondern wir machen es. Wir haben die Lehrpersonen ins Boot geholt und haben gesagt: Jetzt können wir nur noch darüber diskutieren, wie wir es machen wollen.

Wenn ich versuche, es positiv zu konnotieren, ist es wie das, was Raphael gesagt hat: Wir gründen eine neue Schule. Wichtig ist: Wir gründen eine neue Schule, sollte das Mindset sein. Denn uns war auch klar: Alles, was noch gut ist und funktioniert, behalten wir. Es gilt nicht einfach: Hauptsache, neu. Wir haben keine neuen Schulhäuser. Das sehen wir. Aber dort, wo es wirklich nötig ist, wie die Lehrerarbeitsplätze und gewisse Schulzimmer, die man erweitern, ergänzen muss, – das ist wichtig. Das ist mir wirklich wichtig. Für uns ist es ein wichtiger Meilenstein, dass wir am 1. August wirklich dabei sind und diesen politischen Willen in einer guten Art und Weise umsetzen können.

Wir haben in diesen Betrag knapp 10 Prozent Reserven hineingerechnet, weil wir schlicht und ergreifend die Zeit nicht haben. Man muss sich vorstellen: Wir konnten auf nichts zurückgreifen. Wir haben neu begonnen. Es war keine Vorarbeit geleistet. Wir mussten alles auf der grünen Wiese machen und wissen: Wo stehen wir? Was braucht es? Ich glaube, heute können wir dastehen und sagen: Wenn dieses Geschäft kommt, haben wir auch das noch geschafft und vieles andere mehr, wie die Hausordnung, neue Kollegen zusammensetzen oder neue Stundenpläne. Wir sind parat für diese Stufenzusammenführung für diese Gemeinde. Ich habe geschlossen.

Eintreten wird nicht bestritten. Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Simon Eugster (FDP): Ich mache es kurz. Für die Fraktion FDP. Die Liberalen ist die Notwendigkeit der Stufenzusammenführung, ihre zügige Umsetzung und deshalb auch die Beschaffung von Mobiliar für diesen Neuanfang völlig unbestritten. Es geht bei diesen Tischen, Stühlen und Schränken nicht um Schnickschnack, sondern um eine notwendige Investition mit hohem Mehrwert für die Zukunft. Ihr müsst nur einmal an den Tischchen rütteln und zum Gemeindepräsidenten schauen. Ich glaube, da muss man nicht gross diskutieren. Wir unterstützen den GR, besonders

unsere Bildungs- und Bauministerin, in ihrem Einsatz für eine gute Schule in Muri-Gümligen und rufen Euch auf, den beantragten Verpflichtungskredit zu bewilligen. Merci.

Vanessa Legler (SP): Auch vonseiten der SP-Fraktion gibt es nicht viel dazu zu sagen. Wir sehen die Dringlichkeit und die Notwendigkeit ebenfalls, und es ist auch bei uns unbestritten, dass diese Anschaffungen notwendig sind. Was bei uns aufkam, war einzig und allein: Wir hätten uns sehr gerne eine detailliertere Auflistung oder als Beilage das Expertinnen-, Expertengutachten gewünscht. Denn das ist Arbeit, die Ihr investiert habt. Es ist professionelle Arbeit, es sind Abklärungen. Damit ist umso mehr ersichtlich, was hier für Arbeit geleistet wurde. Merci.

Keine Wortmeldung. Raphael Weibel (GPK) und Christa Grubwinkler (GR) verzichten auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Beschluss (39 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Für das Teilprojekt Mobiliarausstattung des Projekts Stufenzusammenführung Seidenberg/Moos/Dorf wird ein Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 627'000 inkl. MwSt. bewilligt.

11. **Motion forum: Kein Contracting mit der Fernwärme in der Gemeinde Muri-Gümligen**

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor.

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR): Lieber neuer Präsident des Grossen Gemeinderats, liebe neue Mitglieder des Grossen Gemeinderats, ich werde kurz etwas zu beiden Geschäften sagen, zu diesem und auch zum nachfolgenden. Auch angesichts der Zeit versuche ich, mich kurz zu halten. Ihr habt auch in der Antwort gesehen: Die Kompetenzenordnung der gbm ist etwas anders als sonst. Für den GR ist aber klar, dass er es sehr begrüsst, wenn aus Euren Reihen Interesse und auch kritische Fragen zur Tochtergesellschaft der Gemeinde kommen. Die Kompetenzenordnung ist nicht dazu da, dass wir nicht mit Euch ins Gespräch kommen wollen.

Es ist lediglich eine rechtliche Situation, die einen Einfluss auf die Form hat, wie man uns parlamentarische Vorstösse zu solchen Themen entgegenbringen kann. Entsprechend begrüssen wir sehr, dass die beiden Vorstösse jetzt kamen. Denn es gibt uns die Gelegenheit, Euch zu erklären, was der GR bisher schon alles diskutiert und überlegt hat. Sonst haben wir hier eigentlich gar keine Plattform, um es Euch zu überbringen. Deshalb: Merci vielmals für diese Fragestellungen.

Inhaltlich möchte ich kurz auf zwei Punkte eingehen. Der eine ist die strategische Führung der gbm. Es ist klar, dass es mit dem Fernwärmeprojekt, das ein ganz anderes Finanzvolumen als die bisherigen Tätigkeiten der gbm hat, für den GR auch neue Aufgaben in der strategischen Führung gibt. Ihr habt es in der Antwort gelesen. Wir haben uns dabei, unter anderem auch gestützt auf den Input des Berichts «bolz+partner» zur finanziellen Situation der Gemeinde, mit der Thematik beschäftigt und neue Regeln aufgestellt, die wir in die überarbeitete Eigentümerstrategie der gbm aufnehmen werden. Das folgt auch noch demnächst. In Bezug auf das Contracting, das bei beiden Vorstössen angesprochen wird: Contracting hat gewisse gewichtige Nachteile. Deshalb ist es nicht die prioritäre Option, die der GR verfolgen möchte. Es ist aber nicht so, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt definitiv ausschliessen, dass Contracting eine Option sein könnte. Aber es ist im

Moment eindeutig eine Rückfallebene und nicht die prioritäre Art, wie wir das Fernwärme-Projekt aufgleisen möchten. Aber die «proof of the pudding» gibt es immer beim Essen. Das heisst, wir müssen die Finanzierung zuerst auf die Art, wie wir es uns vorstellen, stemmen können, bevor wir definitiv sagen können, Contracting ist keine Option. Im Übrigen verweise ich auf die doch relativ detaillierten schriftlichen Ausführungen.

Zudem möchte Euch gerne informieren, dass die gbm vor der März-Sitzung des GGR das nächste Informationsfenster anbieten werden. Vielleicht mögt Ihr Euch diesen Termin schon notieren, es ist der 18. März abends um 18 Uhr. Dann können wir Euch aufzeigen, wo wir stehen. Ich habe es schon letztes Jahr angekündigt, und ich freue mich sehr auf diesen vertieften Austausch. Merci vielmals.

Christoph Lucas (forum): Wir bedanken uns beim GR für die Beantwortung unserer Motion. Tatsächlich hatten wir im letzten Jahr ein wenig Funkstille zu diesem Projekt, was aber nicht heisst, dass der Projektfortschritt stagniert hat. Wir konnten lesen, was in der Vergangenheit alles ging. Entsprechend bedanke ich mich auch, dass wir am 18. März eine neue Information erhalten werden. Die eine oder der andere von uns wird sicher anwesend sein.

Wir schätzen es sehr, dass dem GR die nachhaltige Lösung der Wärmegewinnung wichtig ist. Aber nachhaltig bitte nicht nur im Sinn der Umwelt, sondern auch im Sinn der Wärmebezüglerinnen und -bezügler beziehungsweise von deren Portemonnaie. Deshalb freut uns, dass der Verwaltungsrat der gbm die Finanzierungsoption 1a verfolgen will, bei der die Einwohnergemeinde von Muri bei Bern die Fremdfinanzierung eben mit einer Bürgschaft sichert. Dass der Verwaltungsrat der gbm in seiner Auflistung der Nachteile einer Contracting-Lösung unter anderem die in unserer Motion aufgegriffenen Nachteile erwähnt und noch zusätzliche negative Punkte auflistet, zeigt uns, dass die gbm auf dem richtigen Weg sind. Dass die Option eines Contractings noch nicht ganz vom Tisch ist, ist ein Wermutstropfen, den wir zur Kenntnis nehmen.

Dazu aber der Mahnfinger von unserer Seite: Die Kostenentwicklung bei der Fernwärme ist nicht nur positiv. Man kann lesen, dass Basel, Bern, St. Gallen oder Murten in der Vergangenheit auch ohne Contractor-Modell die Tarife anheben mussten. Sollte jetzt noch die Kostenwillkür eines Contractors hinzukommen, dann ist die Fernwärmeheizung für eine Kundin oder einen Kunden vielleicht nicht mehr die oberste Priorität oder die erste Wahl.

Unsere Motion läuft formal eigentlich ins Leere, wie wir lesen können. Denn der Kompetenzbereich ist klar abgesteckt. Er liegt bei Euch, dem GR, und nicht bei uns. Deshalb müssen wir heute Abend auch nicht darüber diskutieren, ob wir an der Motion festhalten wollen. Gestützt auf die Ausführungen des GR in seiner Antwort verzichten wir auch darauf, die Motion als Postulat zu überweisen. Das heisst aber nicht, dass uns das Thema egal ist. Sondern wir werden das Thema weiterhin mit Argusaugen beobachten und gegebenenfalls wieder intervenieren. Merci.

Eintreten wird nicht bestritten. Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Raphael Weibel (FDP): Eine Vorfrage: Ist die Motion jetzt zurückgezogen? Oder wird sie nun doch aufrechterhalten? Dies nur als Frage, weil Du gesagt hast, sie geht ins Leere. Der GR beantragt, diese Motion abzulehnen. Ihr stellt den Antrag, Eure eigene Motion abzulehnen? Dann kann ich mich nämlich in meinen Ausführungen etwas kürzer halten.

Christoph Lucas (forum): Die Antwort des GR ist für uns so weit okay. Deshalb passt es, wenn wir sie ablehnen.

Raphael Weibel (FDP): Gut, dann habe ich nicht mehr viel zu sagen, ausser: Die Fraktion FDP-JF schliesst sich der Haltung des GR an, dass man diese Motion ablehnt. Ich verzichte auf weitere Ausführungen zu diesem Thema. Danke.

K. Urs Grütter (SVP): Hier müssen wir jetzt schon, wie man so schön sagt, «dr Mähre zum Oug luege». Ihr habt vorhin gehört, dass die Gemeinde über ein Eigenkapital von CHF 44 Mio. verfügt. Dann soll sie die vorgesehenen CHF 90 Mio. verbürgen? Das sehe ich nicht. Damit muss das Contracting aufrechterhalten werden, mindestens als Test, ob dieses Projekt überhaupt flugfähig ist. Wir müssen die gbm zwingen, als Variante mindestens eine Contracting-Variante zu präsentieren. Denn wenn kein Contractor bereit ist, eine verbindliche Offerte abzugeben, wissen wir, dass wir mit dem ganzen Projekt so ziemlich auf dem Holzweg sind. Merci.

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR): Danke für die engagierte Diskussion. Eine kurze Korrektur: Im Raum steht eine allfällige Bürgschaft von CHF 30 Mio., nicht von CHF 90 Mio. Nur, damit die Fakten richtig sind. Es ist selbstverständlich, dass man die Lösung, die man finanzieren will, auf Herz und Nieren prüfen muss. Allerdings ist es nicht zielführend, die Eigenfinanzierung einem Contracting-Ansatz gegenüberzustellen. Ein Contractor hat eine andere Renditeerwartung als beispielsweise die gbm haben müssen. Selbstverständlich muss alles, was wir tun, finanziell wirtschaftlich sein. Das ist klar. Aber ein Contractor hat eine Renditeerwartung, die notwendigerweise zulasten des Perimeters geht, in dem man die Fernwärme anbieten kann.

Also vergleichen wir eigentlich Äpfel mit Birnen. Denn ein Contractor wird in dem Perimeter, in dem die gbm es wirtschaftlich betreiben können, kein Angebot machen. Dessen muss man sich bewusst sein. Das heisst, wir werden den Businessplan auf Herz und Nieren prüfen. Auch der GR wird sich Gedanken machen, wie er das allenfalls noch zusätzlich machen will. Aber einen Contractor aufzubieten, bloss, damit er eine Offerte macht, die man vergleichen kann, wird nicht funktionieren. Merci.

Christoph Lucas (forum) verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Beschluss (38 Ja [Nichtüberweisung] / 0 Nein / 1 Enthaltung)
Die Motion wird nicht überwiesen.

12. Motion SVP-Fraktion betreffend Eigentümerstrategie & Controlling der gbm

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor.

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR): Ich habe mich bereits unter Traktandum 11 zu dieser Motion geäussert.

Charlotte Siebenrock-Häberli (SVP): Mit seiner Stellungnahme hat uns der GR aufgezeigt, dass er den Handlungsbedarf erkannt hat und bereits gehandelt hat. Wir danken für den ausführlichen Bericht. Unter diesen Voraussetzungen unterstützen wir den Antrag des GR auf Ablehnung der Motion. Merci.

Eintreten wird nicht bestritten. Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Raphael Weibel (FDP): Auch wenn die Motionäre nun den Antrag auf Ablehnung ihrer Motion unterstützen – das kam sonst noch nie vor, aber heute Abend gleich zweimal –, äussere ich mich kurz zum Thema, das die Motion anschnidet. Das Projekt Fernwärme, das haben wir vorhin gehört, sorgt für einen gewissen Diskussionsstoff. Niemand weiss so genau, wo es im Moment steht und was geht. Aber wir freuen uns auf die Informationsveranstaltung. Dann werden wir sehen, ob aus den ersten Wallungen vielleicht erste Hitzestösse werden, was zum Thema Fernwärme passen würde.

Ich nehme im Namen der Fraktion FDP-JF kurz Stellung zur Antwort des GR auf diese Motion. Es ist ein bisschen ein Déjà-vue. Der GR wird mit einer Motion beauftragt, seine Führungsaufgaben rechtzeitig, transparent und umfassend wahrzunehmen. Vorliegend geht es um die gemeindeeigene Tochterunternehmung gbm und darum, dass diese auf dem richtigen Pfad gehalten wird. Auslöser dieser Motion war der Bericht von «bolz+partner», der eine finanzielle Gesamtsicht unserer Gemeinde aufgezeigt hat. Diesen Bericht hat der GR selbst in Auftrag gegeben und uns am 25. September 2024 zuhänden der Oktober-Sitzung bekanntgemacht. Darin gibt es eine Seite 33, die etwas merkwürdig ist. Das gbm-Kapitel hätte wohl mehrere Seiten, aber es ist quasi wie geschwärzt. Respektive ist es einfach nicht mehr da, wo es eigentlich spannend würde. Es gibt nur einen Einleitungsteil, dieser ist besorgniserregend und wenig schmeichelhaft für den GR. Denn darin steht – Ihr könnt es nachlesen –, dass es um die gbm finanziell nicht gerade gut steht. Der GR schreibt nun in seiner Antwort, um es etwas überspitzt darzustellen: Vielen Dank für die interessante und nette Motion, aber die Motion ist unnötig, weil die Aussagen im Bericht von «bolz+partner», ich zitiere: «teilweise unglücklich» seien und die «geforderten Massnahmen in seinen ausschliesslichen Zuständigkeitsbereich» fielen. Deshalb sei es eigentlich Mumpitz. – Alles bestens, wir im GR haben alles im Griff.

Das dachte der GR von Grosshöchstetten bei seinem Fernwärmeprojekt Wärmeverbund Neuhauspark auch. Er hat ebenfalls eine Eigentümerstrategie. Auch da gibt es eine «Energie Grosshöchstetten AG», eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Gemeinde. Trotzdem wurde der Gemeinderat böse überrumpelt. Die AG hat den Wärmeverbund nämlich per Ende letzten Jahres gebaut und in Betrieb genommen. Aber, oha, plötzlich hätte die Gemeinde ein Darlehen geben müssen, um einen Liquiditätsengpass abzuwenden, und dabei ging es nur um CHF 4 Mio., also nicht um CHF 30 Mio. Etwas unangenehm, ganz besonders, weil die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 24. November 2024 mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit gegen den GR gestimmt und das Darlehen abgelehnt haben. – Wir haben alles im Griff, bei uns in Muri-Gümligen könnte das nie passieren. Ich hoffe es. Ich hoffe es, aber von der Hoffnung allein leben wir bekanntlich nicht.

Die Anliegen und Bedenken der Motion sind deshalb berechtigt. Es ist egal, ob es in der ausschliesslichen Zuständigkeit des GR ist oder nicht. Aber der GR hat bisher eher defensiv und inhaltlich sehr knapp über seine gbm-Eigentümerstrategie und deren Aktualisierung berichtet. Insbesondere ist der GR aufgefordert aufzuzeigen, wie er die unternehmerischen Risiken beurteilt und wie er sie für unsere Gemeinde minimiert. Denn mit dem Projekt Fernwärme wird ein neues Geschäftsfeld der gbm aufgebaut, das erhebliche finanzielle, personelle Ressourcen benötigt und andere betrieblichen Ressourcen als die, welche die gbm heute haben. Sie hat sie heute nicht. Laut der ominösen Seite 33 des Berichts von «bolz+partner» ist die «Ertragslage der gbm [...] spürbar angespannter geworden [...] Die Margen sind deutlich

gesunken. [...] Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital vermögen das Anlagevermögen nur noch knapp zu decken». Das hat «bolz+partner» gesagt, aber eben, der GR hat gesagt, es sei teilweise etwas unglücklich formuliert.

Für jede Unternehmung ist eine solche Einschätzung der Finanzlage alarmierend. Wenn man heute sagt, man habe alles an die Hand genommen, mache alles und sei daran, und die Fragen kämen automatisch, ist das wunderbar. An die Hand genommen heisst bekanntlich aber noch nicht, dass die Hausaufgaben schon vollständig und in entsprechender Qualität gelöst wurden. Hier ist, gleich bei der Fernwärme zu bleiben – auch wenn wir vielleicht Holzschnitzel oder anderes verfeuern werden – eindeutig noch ein Brikett nachzulegen, sonst geht der Ofen plötzlich aus.

In diesem Sinn: Wir unterstützen den Antrag auf Ablehnung dieser Motion eigentlich nicht und möchten gerne, dass sie behandelt wird und man in diesem Zusammenhang vorwärtsmacht.

Detailberatung

K. Urs Grütter (SVP): Man muss sich einfach auch noch eins überlegen: Was können wir sonst noch machen mit diesem Geld? Wenn man einmal sämtliche Gemeindeliegenschaften mit Fotovoltaik auf den Dächern versehen würde, würde man am Ende wohl einen relativ günstigen Tarif für die Energie erhalten. Natürlich ist Solarstrom Sattelstrom. Ihr könnt alles Wüste sagen. Es ist einfach so, dass wir am Schluss eine Gesamtenergiemenge brauchen – oder brauchen möchten, wenn wir keine kalten Füsse haben wollen. Eigentlich wäre es unsere verdammt Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, dass wir diese möglichst günstig beschaffen. Was wir bei der Fernwärme bisher erlebt haben, zeigt einfach, dass es wahrscheinlich nicht gerade die günstigste Art ist, um eine Kilowatt-Stunde Energie zu erhalten. Zwar vielleicht zuverlässig, aber nicht unbedingt günstig, und offenbar auch nicht unbedingt so wahnsinnig nachhaltig. Denn sonst würde man im Richtplan nicht noch irgendwelche Holzschnitzel-Verbrennungsanlagen vorsehen, nachdem man schon weiss ich wie viel Geld in eine Grundwasser-Erschliessung gesteckt hat, die jetzt offenbar auch nicht ganz so viel gebracht hat, wie man gerne gehabt hätte. Also, wir müssen vom GR verlangen, dass man die Sache mit der Fernwärme einmal gründlich prüft und sich nicht auf die Fernwärme konzentriert und diese Fernwärme dann mit einem Gasheizwerk auf dem Feld draussen bereitstellt. Dann verbrennen wir das Gas nämlich gescheit in den Häusern, die geheizt werden, und haben am Schluss weniger Transportverlust, als wenn man Fernwärme durch die Gemeinde schleusen muss. Merci.

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR): Ich möchte daran erinnern, dass wir aufgrund verschiedener übergeordneter Vorgaben das Ziel Netto-Null im Jahr 2050 haben. Wenn man sich die Klimabilanz unserer Gemeinde anschaut, sieht man, dass ungefähr 30 Prozent unserer fossilen Treibhausgas-Emissionen aus dem Wärmesektor kommen. Das heisst, es ist ein wirklich wichtiges Projekt, dass wir die Emissionen aus dem Wärmesektor reduzieren können. PV-Anlagen sind eine sehr gute Strategie für etwas anderes. Aber es senkt nicht die Treibhausgas-Emissionen, die wir im Wärmesektor haben. Sprich, wir haben keine Chance, massiv vorwärtsumachen, wenn wir nicht ein Angebot wie diese Fernwärme realisieren. Das Tiefengrundwasser kam in einem zweiten Schritt ins Projekt, weil wir damit vor unserer Haustüre eine nachhaltige Energiequelle haben. Das ist etwas, das uns zur Verfügung steht, ohne dass wir irgendwelche Preisschwankungen haben, ohne, dass wir eine Knappheit der Lieferung befürchten müssen. Sondern es ist eine Ressource, die wir vor unserer Haustür haben. Das macht das Projekt teurer. Die, die schon länger hier im Rat sind, werden sich erinnern, dass das Preisschild des Fernwärmeprojekts ursprünglich anders war. Das Tiefengrundwasser hat ein

gehöriges finanzielles Kostenelement in das Fernwärmeprojekt gebracht. Es ist aus Sicht des GR aber absolut gewünscht, weil es eben wirklich eine nachhaltige Lösung ist. Aufgrund der Probebohrungen, die man letztes Jahr gemacht hat, zeichnet sich ab, dass das Tiefengrundwasser wohl eher ein stehendes und kein fliessendes Gewässer ist. Das könnte allenfalls die Möglichkeit eröffnen, dass man es als saisonalen Speicher nutzen könnte.

Tiefengrundwasser ist quasi die Grundlast. Es stellt einen gewissen Anteil Wärme permanent zur Verfügung und kann insbesondere im Sommer zur Verfügung stehen. Aber im Winter brauchen wir eine sogenannte Mittellast. Das ist etwas, mit dem man der Temperatur auch hinterherfahren kann, je nachdem, wie die Wetterprognose ist. Dafür ist dann die Holzschnitzel-Heizung zuständig. Obendrauf gibt es zudem noch eine Spitzenlast-Komponente. Das wird in einem ersten Zeitpunkt Gas sein, aber man wird das nach Möglichkeit überhaupt nicht in Anspruch nehmen.

Also, es ist nicht entweder Tiefengrundwasser oder Holz. Sondern es ist ein Zusammenspiel verschiedener Energieträger, die das Wärmenetz am Schluss in einer ausgewogenen Art und Weise alimentieren werden. Mindestens 60 Prozent sollten Tiefengrundwasser sein. Das zeigt auch die Proportionen. Wir werden versuchen, Holz möglichst sparsam einzusetzen. Es ist uns bewusst, dass Holz nicht der optimale Wärmeträger für Komfortwärme ist. Aber das ist die Ausgangslage, die wir haben.

Zur Ertragslage der gbm: Raphael hat aus dem Bericht von «bolz+partner» zitiert. Wir haben letztes Jahr an der GGR-Sitzung – ich glaube, es war im November – zu diesem Bericht Stellung genommen, auch schriftlich in der Botschaft, und erklärt, weshalb wir der Meinung sind, dass gewisse Aussagen etwas unglücklich sind. Es ist nicht so, dass diese Aussagen falsch sind. Das sagen wir auch nicht. Aber zum Beispiel ist die Ertragsverminderung der gbm die gewählte Strategie. Das ist nicht etwas, das uns passiert ist, weil wir etwas falsch gemacht haben. Denn dieses Fernwärmeprojekt finanzieren wir über die Einnahmen, die wir in der Vergangenheit aus dem Gassektor hatten. Es gibt also eine Verlagerung vom Gasverkauf hin zum Fernwärmeprojekt. Deshalb ist es völlig logisch, dass wir eine Verschiebung der Finanzsituation haben. Sie ist auch richtig beschrieben. Aber es ist nicht eine Aberration, weil wir etwas falsch gemacht haben. Sondern es ist die bewusste Strategie, weil wir ein Versorgungsangebot durch ein anderes ablösen. Das führt zu einer Investitionsverschiebung.

Zum Finanzmanagement der gbm möchte ich noch sagen, dass die Finanzen der gbm lange von der Gemeinde gemacht wurden. Wenn ich mich richtig erinnere, haben die gbm erst per Januar 2022 eine eigene finanzverantwortliche Person angestellt, und seither managen sie ihre Finanzen selbstständig. Es gab einen unglaublichen Professionalisierungsschub. Natürlich wurden die Herausforderungen bei den gbm-Finanzen anders. Aber es wurde vorher auch relativ rudimentär gehandhabt. Deshalb läuft ein Professionalisierungsschritt. Dieser braucht aber etwas Zeit. Man kann nicht gleich alles aufs Mal machen. Wir sind gut unterwegs, und, ja, es gibt noch Dinge, die ausstehen. Die Liquiditätsanalyse und die fünfjährige Finanzplanung, die im Oktober im genannten Dokument ebenfalls aufgeführt wurden, kommen erst. Sie sind derzeit in Erarbeitung. Der GR ist aber auch daran, hat den Auftrag erteilt und weiss, wann es kommen wird. Von dem her: An die Hand nehmen ist nicht erledigt, aber wir haben es an die Hand genommen, und wir werden diese Informationen auch erhalten.

Wir sind der Meinung, dass wir auf sehr guten Wegen sind, und freuen uns sehr, Euch am 18. März mehr Informationen zu geben. Wir stellen fest, dass recht viel Halbwissen in Umlauf ist. Das verstehen wir auch. Aus guten Gründen wollten die gbm bisher nicht informieren. Nicht, bevor sie gewisse gesicherte Erkenntnisse haben. Denn es ist immer schwierig, wenn man etwas sagt und man dann sagen muss, es ist nun doch anders, weil die Abklärungen etwas anderes ergeben haben. Deshalb haben wir zugewartet. Jetzt sind wir so weit parat und freuen uns, Euch

Rede und Antwort stehen zu werden. Wir sind selbstverständlich auch immer froh für kritische Rückmeldungen. Danke vielmals.

Charlotte Siebenrock-Häberli (SVP) verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Beschluss (18 Ja [Nichtüberweisung]/ 19 Nein [Überweisung] / 2 Enthaltungen)
Die Motion wird überwiesen.

13. **Motion SP: Freier Eintritt ins Muribad für Kinder und Jugendliche**

Christa Grubwinkler (GR) verzichtet auf das Wort.

Der Vorsitzende: Angelo, bitte gib in Deinem Votum an, ob Du mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden bist.

Angelo Zaccaria (SP): Das sage ich am Schluss. Ich weiss so ungefähr, wie die Mehrheitsverhältnisse hier sind. Es ist eigentlich keine grosse Überraschung. Ich plage Euch dafür zur Strafe ein wenig mit «Gschpürsch mi»-Sachen. Aber in Anbetracht der Zeit versuche ich, etwas zu kürzen, obwohl ich sehr schöne Metaphern – egal. Also: Unternehmen wir für einen Moment eine Gedankenreise, schliessen die Augen – auch nur die geistigen – und stellen uns vor, es ist Hochsommer. Die Sonne brennt am wolkenlosen Himmel, die Luft über dem Asphalt flimmert vor Hitze, in den Bäumen zirpen Grillen. Dann, endlich, läuten die Schulglocken. der Unterricht ist fertig. Es ist wunderbar, wir rennen raus aus diesen schlecht isolierten, schlecht eingerichteten Klassenzimmern mit kaputten Möbeln. Wir werfen den Rucksack in die Ecke, rennen los, ab in die Badi, ab ins Muribad. Das kühle Wasser glitzert verführerisch in der Sonne. Es riecht nach Pommes frites, frisch gemähtem Rasen und Sonnencreme. Vielleicht schlägt das Herz etwas schneller, wenn man den ersten Schulschatz vom Dreimeter springen sieht. Und so weiter, und so fort – ich kürze etwas ab. Ihr alle habt sicher eigene Erinnerungen. Das ist der Sommer, das ist Freiheit. Es ist eigentlich das Destillat der Jugend, dieses Jugendzaubers, den man hat. Diese Momente in der Badi sind sehr kostbar, sie sind gewissermassen unbezahlbar, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite des Rats, sage ich einmal. Sie blieben uns als Erinnerungen. Ein Leben lang begleiten sie uns. Sie geben positive Energie und Erinnerungen, die uns wärmen, gerade auch an kalten Winterabenden wie heute. Aber was ist mit den Kindern, die von diesen Sommermärchen ausgeschlossen sind, die nicht davon zehren können? Was ist mit den Kindern, die sozusagen vor den Toren dieses Paradieses stehen bleiben müssen? Nicht, weil sie nicht reinwollen, sondern weil sie nicht können. Denn der Eintritt ins Muribad ist für sehr viele ihrer Familien zu teuer. Und ja, das gibt es wirklich, auch in unserem Muri-Gümligen. CHF 2,50 oder CHF 25 für ein Abo für eine Familie oder eine alleinerziehende Mutter mit mehreren Kindern kann ins Geld gehen. Wir können uns vielleicht gar nicht recht vorstellen, dass das viel ist. Aber das kann zehren. Das ist nicht unbedingt etwas Angenehmes, und das können wir nicht zulassen. Denn das Muribad ist eben kein Luxusressort, keine Oase für wenige, sondern ein Ort zum Leben, zum Sein. Dort lernen Kinder nicht nur schwimmen. Sie lernen lachen und toben, erleben Abenteuer und finden Freunde. Vielleicht finden sie sogar Freunde fürs Leben. Das ist schön. Sie lernen, was es heisst, Teil einer Gemeinschaft zu sein. Es ist ein Treffpunkt, ein Ort, der, so finden wir, uns allen gehört. Er sollte vor allem Kindern offenstehen, egal, wie viel Geld ihre Eltern im Portemonnaie haben. Der Verlust von CHF 25'000 pro Saison, wenn man das

Muribad gratis machen würde, ist ein Preis. Das sehen wir auch. Aber es ist ein kleiner Preis im Vergleich zum Gewinn einer gesünderen, glücklicheren Jugend, einer stärkeren Gesellschaft, eines Gemeindelebens, das von Solidarität und Offenheit geprägt ist. Und so weiter, und so fort.

Andere Gemeinden machen es vor. Bern ist ein Beispiel. Dort ist es sogar für alle gratis, und das funktioniert prima. Warum sollte wir Muri-Gümliger nicht mutig vorwärtsgehen und zeigen, dass wir eine familienfreundliche, zukunftsorientierte Politik machen können? Die logistischen Fragen, die im vorliegenden Bericht erwähnt werden, kann man klären. Sicherheitsbedenken können angegangen werden, und finanzielle Fragen kann man ebenfalls klären. Es ist der Wille, der nötig ist.

Denn das Muribad ist eben mehr als eine stark subventionierte Leistung. Es ist ein Bekenntnis: Wir setzen als Gemeinde auf Chancengleichheit und Integration, auf Gemeinschaft, wo Barrieren abgebaut werden. Wir investieren in die Zukunft unserer Kinder, anstatt ihnen Barrieren zu bauen. Es ist wie das Skelett auf meinem Pullover. Man kann das Staatsverständnis eines Nachtwächterstaats haben. Ein solcher robust, etwas langweilig, zum Fürchten und abstossend, habe ich gehört. Oder man schaut sich empathisch an, was drumherum ist: Der Mensch, der quasi um das Skelett herum gebaut ist. Das ist ebenfalls eine Vision des Staates, die wir haben.

Ich komme zum Schluss: Deshalb halten wir von der SP-Fraktion an der Motion fest, auch auf die Gefahr hin, dass sie bachab geht oder ertrinkt. Ich appelliere an Euch: Lasst uns ein Zeichen setzen, indem wir das Muribad für alle Kinder gratis machen und einen Beitrag leisten. Eigentlich ist es ein moderater Vorschlag. Merci.

Eintreten wird nicht bestritten. Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Lorenz Held (FDP): Angelo, ich habe den Eindruck, Du hast beim Kürzen vor lauter Hitzeflimmern das Thema ein wenig verpasst. So soll die Aare jetzt plötzlich warm geben und nicht mehr erfrischen. Na ja.

Die FDP-JF-Fraktion lehnt die Motion ab. Was nichts kostet, ist nichts wert. Denken wir an den rekordtiefen Jahreseintritt von CHF 25. So viel kostet heute ein Kinobillett mit Popcorn, nicht für ein Jahr, sondern für einen Abend. In der Aare hat es bekanntlich Schwellen, und eine gewisse Schwelle für den Eintritt in unser schönes Aarebad ist durchaus wünschenswert. Jetzt kommt etwas, das nicht ganz ernst gemeint ist: Noch günstiger als CHF 0 geht nicht mehr, ausser, man macht es wie die Nationalbank.

Christoph Lucas (forum): Angelo, Du hast es erwähnt: Wir haben in Muri-Gümligen die Herausforderung oder auch das Pech, dass wir in unserer Nachbargemeinde Bäder haben, die effektiv gratis sind. Ich bin nicht sicher, ob wir die Diskussion hier überhaupt führen würden, wenn das in Bern nicht der Fall wäre und man auch im Marzili bezahlen müsste. Jetzt ist es eben so, dann führen wir diese Diskussion. Diese Diskussion haben wir auch in der Sportkommission geführt. Ein Mitglied der Sportkommission ist ebenfalls Mitglied der «Schweizerischen Lebensrettungs-Gesellschaft SLRG». Wir wurden darauf hingewiesen, dass das Hauptpublikum der SLRG, also die Personen, die sie aus dem Wasser ziehen müssen, typischerweise zwischen 12 und 30 Jahren alt sind. Mit dieser Motion wollen wir jetzt genau einen Teil dieser Bevölkerungsgruppe, nämlich die Jugendlichen, gratis ins Muribad lassen. Das heisst, wir erhöhen damit ebenfalls etwas den Druck, auch auf die Bademeister. Denn es ist einfach so: Je mehr junge Männer auf einem Haufen sind,

desto dümmer können sie tun, desto mehr Unfälle gibt es. Es ist einfach so. Auch das ist etwas, das die SLRG effektiv erwiesen hat. Es ist eine Tatsache, der wir ins Auge blicken müssen. Natürlich sehen wir vom forum auch die Vorteile, die Du erwähnt hast, Angelo. Eben, Bewegung ist eine gute Sache, und dem möchten wir nicht vor der schön wärmenden Sonne stehen. Auch das zweite Argument der Chancengleichheit sehen wir. Das kann effektiv Hürden abbauen. Aber seien wir einmal ehrlich: Wenn heute Jugendliche, gratis ins Muribad möchten, dann kommen sie gratis rein. Denn unsere Bademeister müssen den Sprungturm beaufsichtigen oder vielleicht ein Velo anketten, das falsch parkiert ist. Dann haben sie nicht auch noch Zeit und Musse zu schauen, wer an der südlichen Ecke des Bades um den Zaun herum geht.

Trotz blumigen Worten und viel Wärme, die wir jetzt im Herzen tragen, Angelo, sehen wir den grossen Mehrwert dieser Motion nicht. Wir haben deshalb in der Fraktion beschlossen, dass wir die Motion oder auch das Postulat ablehnen würden. Wir bedanken uns aber beim GR für die Ausführungen. Merci vielmals.

Franziska Grossenbacher (Grüne): Ich mache es kurz. Ich glaube, uns geht es um die Geste, die wir gegenüber unseren Kindern und Jugendlichen aussenden. Ich denke, wir haben einen Konsens, einen lange erarbeiteten Konsens, dass wir in unserer Gemeinde einen Pumptrack als Bewegungsangebot bauen wollen. Wir haben schon lange einen Konsens, dass es in unserer Gemeinde mehr Spielplätze braucht. Zu diesem Thema kommen wir später noch. In genau dieser Logik verstehen oder unterstützen wir auch das Angebot des freien Eintritts für Kinder und Jugendliche. Wir haben ein hohes Interesse daran, dass sich Kinder bewegen, dass sie physisch und psychisch gesund bleiben. Mit dem Gratiseintritt würden wir ein Signal aussenden, dass sie dieses Angebot auch nutzen. Deshalb unterstützen wir die Forderung der SP auch als Motion.

Weitere Wortmeldungen

Vanessa Legler (SP): Ich hatte das Privileg, in dieser Gemeinde aufzuwachsen und eben genau einen solchen Spielplatz, wenn man es so nennen will, aber auch ein Gratisangebot zu haben, wo man Freundschaften vertiefen konnte, wo man sich draussen bewegt hat. Immer wieder hört man: Ach, unsere Jungen sind nur noch am Handy, am Gamen, sie wollen nie raus. Aber dann heisst es, nein, so etwas ist zu teuer. Hier geht es um Gesundheitsprävention, hier geht es eben genau um einen solchen Ort. Dort bilden sich Freundschaften, mit denen man später Co-Präsiden in einer Gemeinde leitet oder weiterhin mit seinen Kindern schwimmen geht, sich sportlich betätigt und, und, und. Dann zu sagen, da wollen wir jetzt sparen, das sehen wir nicht, warum sollen wir das anbieten, und je nach dem auch noch das Argument zu bringen, dass sie sich illegal ins Muribad schleichen, finde ich aus Sicht der Jugendprävention eher schwierige Argumente – sorry. Es gibt auch Streiche. Und das mit den jungen Männern, die dann Blödsinn machen – ein paar Meter oder Zentimeter neben dem Zaun ist die offene Aare. Da ist die Gefahr. Wenn man an einem Ort sicher schwimmen lernen kann, ist es in einem Schwimmbecken, nicht in einem ziehenden Fluss. Man muss sich gratis in die Aare begeben und kann die Gefahren je nach dem noch nicht richtig einschätzen. Deshalb habe ich mich an den Argumenten etwas gestossen. Ich bin der Meinung, wir sollten unseren Jungen sportliche Betätigung draussen ermöglichen können. Es ist keine grosse Einbusse für die Gemeinde und kann für unsere Gesellschaft ganz viel bringen. Merci.

K. Urs Grütter (SVP): Jetzt geben wir noch etwas Konsequenz rein. Ab sofort geben wir jedem Jugendlichen, jedes Mal, wenn er ins Muribad geht, CHF 5, damit er noch Pommes frites und einen Drink kaufen kann. Jeder, der auf den Pumptrack geht, erhält pro Stunde CHF 2, weil er sich dort bewegt, und so weiter. Wo wollen wir

eigentlich hin? Die Gemeinde stellt gewisse Dinge zur Verfügung. Das Muribad ist relativ teuer, und es gehört zu einer soliden Erziehung, dass diese Kinder von allem Anfang an merken: Es wird nicht einfach alles gratis vom Staat zur Verfügung gestellt. Wenn der Staat eine Leistung erbringt, dann muss man eben auch seinen Obolus bezahlen. Dass diese Leistung dann auch noch bis dort hinaus subventioniert wird, darüber sprechen wir jetzt nicht. Merci.

Martin Koelbing (forum): Man kann sagen, etwas müsse einen Preis haben. Beispielsweise als Lenkungsmassnahme, weil man findet, das Muribad sei überfüllt. Das ist logisch. Aber was man meiner Meinung nach nicht mit Fug und Recht sagen kann, ist, dass das, was gratis ist, nichts wert ist, dass nur etwas wert ist, was kostet. Jede und jeder von Euch, die oder der sich das im stillen Kämmerlein fragt, weiss, dass es einfach nicht stimmt. Die Luft, die wir atmen, ist etwas vom kostbarsten. Niemand bezahlt einen Rappen dafür. Wir alle dürfen frei auf dem Gümliger Berg herumlaufen, obwohl es die Waldbesitzer einen Haufen kostet. Aber wir haben in unserem Land die Einsicht, dass der Wald frei zugänglich sein soll. Also, das mit dem Gratis ist kein Argument für seine Entwertung. Ich erinnere Euch daran, auch, wenn Ihr jetzt sagt, bitte hört auf mit dem Zeug: Das Wort Gratis hat mit «gratia» zu tun. Es gibt ein wunderschönes Gedicht, das sagt: Am Schluss war das meiste, von dem wir in diesem Leben wirklich gelebt haben, gratis – die Gnade.

Christa Grubwinkler (GR): Nur kurz: Ihr habt in unserer Antwort gesehen, dass wir zusammen mit der Gemeinde Ostermundigen nach wie vor die Günstigsten sind. Wir haben Euch beantragt, die Motion in ein Postulat zu wandeln. Denn ich möchte nicht, dass wir die Augen verschliessen und aus einem Albtraum aufwachen. Ihr müsst einfach sehen: Wir haben jetzt schon zum Teil ein ziemliches Verkehrsaufkommen. Die Menschen parkieren in den Quartieren, im Zubringerdienst. Wir müssen Velos anketten, weil sie falsch abgestellt werden. Wir möchten, dass es nach wie vor ein Traum ist, ins Muribad zu gehen, und nicht zum Albtraum wird, weil wir irgendwo auch noch Sicherheitspersonal anstellen müssen, weil wir den Verkehr regeln müssen.

Angelo Zaccaria (SP). Es besteht ein Fahrverbot.

Christa Grubwinkler (GR): Jedenfalls muss man das auch bedenken. Denn Ihr wisst, wie es zum Teil um das Muribad herum aussieht. Wir haben Euch gebeten, den Beschluss als Postulat zu fassen. Das ist unser Angebot für den Moment.

Angelo Zaccaria (SP) *verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.*

Der Vorsitzende: Angelo Zaccaria hat sich in seinem Votum gegen die Wandlung in ein Postulat ausgesprochen. Somit stimmen wir über eine Motion ab.

Beschluss (13 Ja / 22 Nein / 4 Enthaltungen)
Die Motion wird nicht überwiesen.

14. Motion Fraktion Grüne: Mehr Sicherheit, weniger Lärm – Tempo 30 auf den Ortsdurchfahrten von Muri und Gümligen

Der Vorsitzende: Wir kommen zu Traktandum 14. Mögt Ihr noch? – Das scheint der Fall zu sein.

Markus Bärtschi (GR): Mit Blick auf die Uhr und die verbleibende Traktandenliste fasse ich mich kurz. Die schriftliche Stellungnahme des GR beantwortet die mit dem Vorstoss aufgeworfenen Fragen. Zusammengefasst kommt eine pauschale oder in der geforderten Art gedachte Einführung von Tempo 30 im Rahmen des aktuell geltenden übergeordneten Rechts nicht in Frage. Das ist auch der Grund, weshalb die Überweisung als Postulat beantragt wird. Die Umsetzung der Motion würde darin bestehen, dass der GR dem Kanton einen Brief schreibt, mit folgender absehbarer Folge – keine.

Punktuell beziehungsweise abschnittsweise kann Tempo 30 auf Kantonsstrassen Sinn machen. Die Umsetzung bedingt aber in der Regel eine Umgestaltung des Strassenraums. Es ist nicht damit getan, Schilder auszutauschen. Das Temporegime sollte an der Gestaltung ablesbar sein. Beispiele sind die Ortskerne von Wabern und Köniz. Damit ist auch gesagt, dass es nicht Projekte sind, die vom Kanton isoliert beziehungsweise zum alleinigen Zweck der Temporeduktion an die Hand genommen werden. Sie werden, wenn schon, im Zug von Sanierungsprojekten umgesetzt. Bei Sanierungsprojekten der Kantonsstrassen in unserem Siedlungskerngebiet wird der GR diese Option ohnehin prüfen. Die Motion, als Postulat zu überwiesen, würde das zusätzlich stützen.

In den Überlegungen ist in Zusammenhang mit der Planung Lischenmoos bereits ein Abschnitt der Worbstrasse aufgetaucht, der sich bekanntlich auf beide Seiten der Strasse bezieht. Die notwendige Stärkung der Querverbindung über die Worbstrasse wird dort eine Neugestaltung erforderlich machen. Im Rahmen dessen könnte eine Tempo-30-Strecke ein Element sein. Der Rest spare ich mir und verweise auf die schriftlichen Ausführungen. Merci.

Franziska Grossenbacher (Grüne): Ich mache es ebenfalls kurz. Die Absicht der Motion oder Forderung war nicht, dass man die gesamte Worbstrasse und die gesamte Thunstrasse auf Tempo 30 setzt, sondern, die Debatte über die langfristige Entwicklung unserer Hauptverkehrsachsen zu lancieren. Heute sind diese Achsen sehr verkehrsdominiert. Wenn wir aber von Muri aus Aaretal aufwärts gehen, dann haben zahlreiche Gemeinden ihre Ortsdurchfahrten sicherer und attraktiver gemacht, was im Vorstoss beschrieben wird. Allmendingen, Rubigen und Münsingen haben Temporeduktionen auf ihren Ortsdurchfahrten realisiert. Die Folge davon ist mehr Sicherheit und weniger Lärm in den Dorfkernen.

Ich möchte Euch zwei verbindliche Planungsinstrumente unserer Gemeinde in Erinnerung rufen: Das räumliche Leitbild von 2016, gemäss dem die Worbstrasse und die Thunstrasse in den Zentren zu multifunktionalen und attraktiven Strassenräumen mit einem zentrumsgerechten Verkehrsregime umgestaltet werden sollen. Zweitens unser Verkehrsrichtplan, der sich zum Ziel setzt, dass wir den Modalsplit zugunsten der flächeneffizienten und emissionsarmen Verkehrsträger beeinflussen, das heisst, den Fuss- und Veloverkehr fördern. Das Temporegime und die Gestaltung des Strassenraums haben einen wesentlichen Einfluss auf die Attraktivität des Fuss- und Veloverkehrs, aber insbesondere auch auf die Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner. Es ist klar: Umgestaltungen von Strassenräumen sind, wie Markus Bärtschi gesagt hat, langfristige Projekte. Temporeduktionen oder punktuelle Eingriffe wären schneller umsetzbar.

Die Antwort, die wir jetzt vom GR auf diese Punkte und auch auf die Vorteile haben, die es bieten würde, entsprechen nicht dem Echo, das wir Grünen in unserer Gemeinde von Anwohnenden erhalten. Viele an diesen Achsen beklagen sich über die hohe Verkehrsbelastung und den damit verbundenen Lärm. Aus unserer Sicht und aufgrund der Rückmeldungen, die wir erhalten, ist sehr wohl auch die Schulwegsicherheit beim Ampelübergang an der Thunstrasse für die Kinder des Aebnit-Schulhauses ein Thema. Dort gibt es trotz Ampel und vermeintlich sicherem Übergang der Schulkinder immer wieder gefährliche Situationen. Das sind die Rückmeldungen aus der Bevölkerung, die wir erhalten und bei denen wir uns verantwortlich fühlen, sie auch hier ins Parlament zu tragen und diese Debatte zu lancieren.

Ich habe es gesagt: Die Motion verlangt nicht die Beruhigung der gesamten Thun- und Worbstrasse. Es können Abschnitte definiert werden. Deshalb unterstützen wir die Umwandlung in ein Postulat, möchten Euch aber wirklich bitten, das Postulat zu überweisen. Der Wahlkampf ist in unserer Gemeinde noch nicht lange vorbei, und alle Parteien hier im Saal haben sich für mehr Lebensqualität eingesetzt. Mit der Überweisung dieses Postulats können wir heute Abend etwas dafür tun.

Eintreten wird nicht bestritten. Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Julien Reich (JF): Die FDP-JF-Fraktion sieht die Bedeutung der Verkehrssicherheit, und wir unterstützen Massnahmen, die auch wirklich der Sicherheit und der Lärm-minderung dienen. Aber die Einführung von Tempo 30 auf der Hauptachse Thunstrasse und Worbstrasse lehnen wir entschieden ab. Die Motion basiert nicht auf objektiven Sicherheitsbedürfnissen, sondern verfolgt das Ziel, den Individualverkehr zu behindern oder sogar zu verhindern. Die bestehenden Sicherheitsmassnahmen bieten bereits jetzt einen hohen Schutz für unsere Verkehrsteilnehmenden. Tempo 30 auf den Hauptachsen würde weder den Verkehr effizienter machen noch die Belästigungen in den Wohnquartieren senken. Im Gegenteil führt ein gestörter Verkehrsfluss zu mehr Emissionen und mehr Ausweichverkehr in den Wohngebieten.

Deshalb lehnt die Fraktion nicht nur die Überweisung als Motion ab, sondern auch als Postulat. Das Anliegen wurde umfassend geprüft, und es gibt keinerlei Bedarf für eine Umsetzung. Wir danken dem GR für seine pragmatische Haltung. Aus Sicht der FDP-JF-Fraktion ist die Motion abzuschreiben.

Kathrin Schnyder (SP): Ich halte mich sehr kurz. Die SP-Fraktion wird die Überweisung als Postulat mehrheitlich unterstützen. Umso mehr, als auch der Bericht des GR bestätigt, was die positiven Auswirkungen von Tempo 30 sind. Nebst der Ampelregelung bietet die Reduktion auf Tempo 30 ebenfalls einen zusätzlichen Schutz für schwächere Menschen in unserer Gesellschaft, für Kinder, Behinderte und so weiter. Zudem begrüssen wir sehr, dass angedacht wird, auf der Thun- und Worbstrasse punktuelle Tempo-30-Abschnitte zu prüfen und mit dem Kanton abzugleichen oder sogar allgemein eine Tempo-30-Zone einzuführen. Grundsätzlich würden wir auch begrüssen, dass der Temposalat in dieser Gemeinde vereinfacht werden könnte, indem Tempo-40-Zonen in Tempo-30-Zonen umgewandelt werden. Dank vielmals.

Detailberatung

Adrian Bless (FDP): Ich unterstütze das Votum unseres Fraktionssprechers, möchte aber kurz auf die Schulwegsicherheit auf der Thunstrasse eingehen. Als Elternvertreter im Aebnit-Schulhaus wurde ich schon mehrfach darauf angesprochen, und die Schulwegsicherheit ist mir ein grosses Anliegen. Wie der GR auch, sehe ich Tempo 30 auf der Thunstrasse wenig realistisch und zweckmässig. Die Strasse ist lang und auch genügend breit, um eine gute Übersicht zu haben. Zudem gibt es beidseits ein Trottoir, und bei den Fussgängerstreifen gibt es Sicherheitsinseln und Pfosten. Beim Fussgängerstreifen, der zum Aebnit-Schulhaus führt, gibt es zusätzlich eine Ampel und einen Blitzkasten. Also, ich sehe bei diesem Fussgängerstreifen weniger Gefahren. Um Tempo 30 wirklich durchsetzen zu können, bräuchte es massive strassenbauliche Massnahmen, wie der GR in seiner Stellungnahme

auch ausgeführt hat. Zu guter Letzt haben wir mit der Benutzung des Pannestreifens auf der Autobahn jetzt auch viel weniger Schleichverkehr durch unsere Gemeinde. So weit, so gut.

Falls es aber zu einem Postulat kommt und falls dieses überwiesen wird, möchte ich den GR gerne dazu ermuntern, beim Fussgängerstreifen beim Aebnit-Friedhof dafür zu sorgen, dass mit dem Kanton abgeklärt oder geprüft wird, ob es dort allenfalls auch sinnvoll wäre, eine Ampel einzurichten. Dieser Fussgängerstreifen liegt in einer Kurve, und er wird offenbar sehr häufig missachtet. Auch deshalb kamen viele Eltern auf mich zu und sagten, es gebe dort teilweise sehr gefährliche Situationen für ihre Schulkinder. Dieser Fussgängerstreifen dient den Schulkindern unter anderem dazu, zum Aebnit-Friedhof rüberzugehen und dann durch einen Schleichweg zum Aebnit-Schulhaus zu kommen. Dann müssen sie nicht der langen Thunstrasse entlanglaufen, die offenbar teilweise auch gefährlich ist. Von dem her wäre das ein zusätzlicher Weg, den man durch eine Ampel sicherer machen könnte. Zwischen dem Steinhübeliweg und dem Höheweg wäre ein Fussgängerstreifen allenfalls sinnvoll. Ich ermutige den GR dazu, das genau zu prüfen, falls es zu einem Postulat kommt. Denn sehr viele Kinder des Aebnit-Schulhauses gehen dort beim Steinhübeliweg über die Strasse. Es hat leider keinen Fussgängerstreifen, sie gehen ohne Fussgängerstreifen rüber, was zu sehr gefährlichen Situationen führen kann. Zudem ist es im Sommer von verschiedenen Seiten herkommend ein sehr beliebter Übergang, um danach zur Aare runter oder ins Muribad zu gehen. Ein Fussgängerstreifen wäre dort auch von dem her beliebt zu machen.

Weiter wurde ausgeführt, darauf möchte ich nur sehr kurz eingehen, dass auf der Worbstrasse nur der Kreisel beim Bahnhof Gümligen als gefährlich erachtet wird. Das finde ich etwas merkwürdig. Es gibt sehr viele Eltern, welche die Kreuzung beim Melchenbühl als äusserst gefährlich für ihre Schulkinder ansehen. Das müsste sicher auch weiter geprüft werden. Aber das wird im Rahmen des Lischenmooses ja bereits gemacht. Merci.

Markus Bärtschi (GR): Ich bin nicht sicher, ob meine Antworten in chronologischer Reihenfolge sind. Also, Allmendingen und Rubigen sind absolute Sonderfälle, insofern, als es mit dem Verkehr von der Kiesgrube begründet wurde. Im Fall von Allmendingen zusätzlich noch wegen der absehbaren Baustelle der SBB im Hünenliwald, wo während fünf Jahren über die Gemeinde, über Allmendingen und Rubigen der Anschluss an die Autobahn gemacht werden wird. Es gibt mehrere hundert LKW-Fahrten pro Tag, und das ist eine Reaktion darauf. Das können wir nicht in die Waagschale werfen. Münsingen wiederum ist genau ein Beispiel wie Wabern und Köniz für eine neu gestaltete Ortsdurchfahrt.

Wie ich an anderer Stelle in diesem Zusammenhang schon mehrfach ausgeführt habe, ist bei dieser Diskussion nicht zu vergessen, dass Verkehr ein hydraulisches Gesamtsystem ist. Beim Abwägen von Massnahmen ist die Leistungsfähigkeit und Attraktivität der Hauptachsen im Auge zu behalten. Sonst riskiert man, dass der Durchgangsverkehr in die Quartiere ausweicht. Die Stadt Bern hat gerade diese Erfahrung gemacht. Dort zeigt sich, dass Tempo 30 in der Länggasse in den angrenzenden Quartieren, die vorher tipptopp verkehrsberuhigt waren, wieder zu Mehrverkehr führt. Das kann weder im Sinn der Erfinderin noch der Mehrheit der ansässigen Bevölkerung sein. Lebensqualität ist gut. Aber irgendwie müssen wir ja in der Summe optimieren und dabei auch ehrlich diskutieren. Irgendwo geht der Verkehr durch, und dann ist die Frage: Wo ist es sinnvoll?

Grundsätzlich sind wir in dem Sinn mit den Motionärinnen einig. Der GR beantragt auch die Überweisung als Postulat. Das ist ein Element, ein Werkzeug in der Toolbox, das wir, immer wieder, prüfen werden. Es geht nicht darum, es generell abzulehnen oder zu verteufeln. Den Fussgängerstreifen beim Steinhübeliweg werden wir mit dem Kanton anschauen, das habe ich aufgenommen. Er würde über die Thunstrasse führen, richtig? Mit den anderen Fussgängerstreifen sind wir so weit, dass es offizielle Politik ist, sich der Aufhebung von Fussgängerstreifen bei der

Einführung von Tempo 30 in zivilem Ungehorsam zu widersetzen. Das geht wahrscheinlich nicht so weit, dass wir neue einrichten können, die in dem Sinn nicht konform sind.

Was die Kreuzung beim Melchenbühl angeht: Die Zahlen oder Einschätzungen, die rapportiert wurden, kommen von der Polizei. Sie sind nicht gefiltert oder so und ergeben sich natürlich nicht aus einem subjektiven Gefühl, sondern aus dem Unfallgeschehen. Es gibt schon länger Bestrebungen für die Sanierung des Melchenbühlplatzes. Leider kommen wir nicht so schnell voran, wie wir von der Gemeinde es gerne würden. Diesen Platz kann man besser und sicherer gestalten. Aber es braucht die RBS, Bernmobil, den Kanton und das Bundesamt für Verkehr. Wir arbeiten mit ihnen allen daran. Ich bin zuversichtlich, das noch erleben zu werden. Aber ich würde die Hand nicht dafür ins Feuer legen, dass schon geborene Kinder als Schulkinder davon werden profitieren können. Merci.

Franziska Grossenbacher (Grüne) verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Der Vorsitzende: Die Motionärinnen haben die Umwandlung in ein Postulat akzeptiert. Also stimmen wir über ein Postulat ab.

Beschluss (18 Ja / 20 Nein / 1 Enthaltung)
Das Postulat wird nicht überwiesen.

15. **Motion Buff FDP-Fraktion: Sanierung Sporthalle Moos**

Bernhard Häuselmann (GR): In Vertretung von Carole, die meinen Welpenschutz heute um sechs Uhr mit dem Telefonanruf an mich beendet hat, sie sei krank, ich möge sie bitte vertreten. Daher, mache ich gerne ein paar Ausführungen zu dieser Motion. Formell hat sie einen kleinen Hacken. Der GR musste nämlich bereits bis Ende 2024 ein Sanierungskonzept für die Mooshalle vorlegen. Für ein solches Tempo hat die Verwaltung aber schlicht zu viele Bauvorhaben oder, je nach Perspektive, zu wenig Ressourcen. Es ist auch eine Frage der Perspektive, ob wegen schadhaften Einzelteilen das Betriebsrisiko der Mooshalle allgemein steigt oder mit gezieltem Unterhalt stabil gehalten werden kann. Eine weitere Frage der Perspektive ist, wie lange es zwischen einer ersten Motion, einer zweiten Motion und der tatsächlichen Sanierung dauern darf. – Feel free.

Perspektivlos ist aber sicher, die tatsächliche Sanierung als kleineres Projekt anzugehen, als es sein wird, und es als solches quer in die laufende und schon reich befrachtete Planung aufzunehmen. Dies zusätzlich zur Stellungnahme als kleiner Impuls. Der Stellungnahme könnt Ihr entnehmen, dass wir ein Vorgehenskonzept für das Jahr 2025 vorschlagen. So kommen wir, unabhängig von all diesen verschiedenen Perspektiven auf das Geschäft und die Sanierung der Mooshalle, dem kleinsten gemeinsamen Nenner, der unbestrittenen Konzeption mit konkreten Kosten für eine Sanierung oder für einen Neubau, einen grossen Schritt näher. Merci vielmals.

Ronald Buff (FDP): Ich danke der Gemeindeverwaltung respektive der Bauverwaltung und dem GR für ihre Antworten. An dieser Stelle möchte ich auch erwähnen, dass ich die Arbeit der Bauverwaltung sehr schätze. Heute ist ein wenig der Tag der Umwandlungen von Motionen in Postulate oder, Berndeutsch gesagt, machen oder einmal prüfen. Bei diesem Geschäft kann ich dem Antrag nicht folgen. Es ist bekannt und wird vom GR bestätigt ebenfalls, dass die Sanierung der Sporthalle Moos längst überfällig ist. Der GR ist bereits seit Jahren in Verzug, siehe

Vorstoss der FDP-JF-Fraktion aus dem Jahr 2010. Dabei spielt keine Rolle, dass mein verlangter Termin aus der Motion von Ende 2024 nicht eingehalten werden kann. Es gilt nun, den Worten Taten folgen zu lassen. Wir schulden der Bevölkerung, den Schulen und insbesondere den Vereinen jetzt keine leeren Versprechungen mehr, sondern Antworten mit Fakten. Deshalb folgen wir dem Antrag des GR auf Überweisung als Postulat nicht, sondern wollen die Motion überweisen.

Zu denken gibt, das in der vorangegangenen Interpellation ein Abschluss der Sanierung im Jahr 2030 laut Investitionsplan bezweifelt wurde. In der Antwort zur Interpellation wurde eine Umsetzung der Gesamtsanierung in den Jahren 2028–2030 beschrieben. In der Antwort zu dieser Motion ist eine Fertigstellung bis spätestens im Jahr 2032 gefordert, und der GR spricht bereits von einer Fertigstellung bis spätestens im Jahr 2032, vorausgesetzt, es gibt keine Verzögerungen durch höhere Gewalt. Höhere Gewalt wurde noch nie als Begründung im Voraus eingesetzt.

Es gilt, die Motion zu überweisen und endlich Schritte zur Sanierung der Sporthalle Moos zu machen. Ich hoffe auf die Unterstützung sämtlicher Mitglieder und Fraktionen im Parlament. Die Bevölkerung, die Schulen, die diversen Vereine und alle, die ich in dieser Aufzählung vergessen habe, werden dafür dankbar sein. Merci für die Aufmerksamkeit.

Eintreten wird nicht bestritten. Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Wortmeldungen. Bernhard Häuselmann (GR) Ronald Buff (FDP) verzichten auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Der Vorsitzende: Der Antrag des GR lautet Überweisung als Postulat. Das hast Du abgelehnt. Nun stimmen wir über die Motion ab respektive darüber, ob wir diese Motion überweisen wollen oder nicht.

Beschluss (25 Ja / 13 Nein / 1 Enthaltung)
Die Motion wird überwiesen.

16. Motion Arnold (SP): Integrierte Versorgung in der Gemeinde Muri-Gümligen

Bernhard Häuselmann (GR): Wer früher versorgt werden musste, war gesellschaftlich ziemlich am Ende. Das ist heute anders. Integrierte Versorgung meint moderner eine Vernetzung von sozialen Errungenschaften und medizinischen Leistungen zu einer umfassenden Begleitung und Unterstützung von Menschen. Eine solche integrierte Versorgung fusst aber nicht nur in der Nächstenliebe. Sie hat ebenfalls weltliche Ziele wie die Senkung der Gesundheitskosten. Für die Motionäre steht im Vordergrund, die guten Voraussetzungen in der Gemeinde für eine abgestimmte Gesundheitsversorgung zu nutzen und mit einem besonders guten Modell andere Gemeinden in der Region zu inspirieren.

Das Thema integrierte Versorgung ist sehr komplex. Wir haben versucht, mit einer gut strukturierten Antwort für einen guten Transfer und einen guten Nachvollzug der Stellungnahme zur Motion zu sorgen. Ich gehe kurz auf die Essenz ein.

Grundsätzlich liegt die Organisation im Gesundheitswesen bei den Kantonen. Handlungsspielraum besteht für die Gemeinde Muri-Gümligen primär in der Koordination der ansässigen Institutionen und der Schaffung eines Umfelds, in dem die unterschiedlichen Angebote der lokal tätigen Institutionen durchgängig erbracht

werden können und dann auch für alle zugänglich sind.

Wir kennen die Theorie von Adrian Smith mit der unsichtbaren Hand. Das funktioniert nicht immer. Deshalb muss der Schwerpunkt der Sozial- und Gesundheitspolitik auf Stufe Gemeinde weiterhin auf der Förderung der durchgängigen und abgestimmten Angebote liegen. Komplementär ist vorgesehen, sich weiter mit anderen Gemeinden zu vernetzen und auch mit dem Alenia und seiner neuen Eigentümerstrategie das Modell einer integrierten Versorgung weiter zu etablieren. Weiter zu etablieren ist dann auch die Kommunikation der Angebote oder Zugangspunkten, sodass dieses Modell auch tatsächlich unter die Leute kommt und der Begriff Versorgung zeitgemäss verstanden und weiter positiv aufgeladen werden kann.

Wir sind dabei aber eben in einem System mit dem hauptsächlichen Akteur Kanton Bern und seiner Versorgungsregion Bern-Mittelland eingebunden. Da, wo wir eigenständigen Handlungsspielraum für die Ausrichtung unserer lokalen Sozial- und Gesundheitspolitik haben, möchte der GR die Impulse der Motionäre zur kontinuierlichen Verbesserung der integrierten Versorgung gerne mitnehmen. Deshalb beantragen wir dem Parlament die Überweisung als Postulat. Merci vielmals.

Luc Arnold (SP): Bärni und dem ganzen GR merci vielmals für die ausführliche Beantwortung dieser Motion. Wer sich mit dem Thema integrierte Versorgung etwas beschäftigt, kann einordnen, dass es nicht ganz einfach ist, es zu bewerkstelligen. Ich finde, das gelang sehr gut. Für mich ist dabei auch ein erstes Ziel erreicht: Der GR hat sich mit der integrierten Versorgung noch einmal etwas befasst. Ich verzichte darauf, auf sämtliche Punkte einzugehen, möchte aber ein, zwei Punkte ansprechen.

Wir müssen uns bewusst sein, dass sich das Gesundheitswesen zurzeit sehr dynamisch entwickelt und vor sehr grossen Herausforderungen steht. Das sollte Euch allen spätestens seit der Pflegeinitiative bewusst sein. Sich als Gemeinde in dieser Situation mit dem Thema auseinanderzusetzen, sei es integrierte Versorgung oder generell die Entwicklung des Gesundheitswesens auf dem eigenen Perimeter, finde ich essenziell und unerlässlich. Es ist nicht zuletzt auch entscheidend für die Attraktivität eines Wohnorts, wie diese Dienstleistungen und Angebote auf dem Perimeter aussehen.

Der GR hält in seiner Stellungnahme mehrfach fest, wie Du, Bernhard, vorhin auch gesagt hast, dass er bei diesem Thema keinen konkreten Auftrag hat. Ich möchte anregen und aufzeigen, dass integrierte Versorgung dort, wo die Politik auf lokaler Ebene mitwirkt, besser entsteht als dort, wo es nicht der Fall ist. Das zeigen schon länger bestehende, ältere Modelle, beispielsweise im Engadin. Aber es ist auch der Fall bei neuen Projekten, die erst am Entstehen sind, wie etwa die Gesundheitsversorgung in der Region Emmental, «gesund i. E.» Insofern war ich froh, am Schluss zu lesen und auch von Dir zu hören, dass der GR zum Thema integrierte Versorgung zwei Punkten in die Legislaturziele aufnehmen möchte. Ich bin froh, wenn diese auch entsprechend verfolgt werden. Unter diesen Voraussetzungen geht für mich als Motionär und für die SP-Fraktion die Überweisung als Postulat in Ordnung.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Gregor Kaczala (FDP): Ich stehe hier als Fraktionssprecher, als niedergelassener Kinderarzt, als Vorstandsmitglied des Vereins Berner Haus- und Kinderärzte sowie

als Vorstandsmitglied der Berner Ärztesgesellschaft. «Integrierte Versorgung in der Gemeinde Muri-Gümligen» – ich danke dem GR für die sehr gut recherchierte und fundierte Antwort und erlaube mir ein paar Ergänzungen. Die Gesundheitsversorgung in der Schweiz ist im nationalen Krankenversicherungsgesetz, KVG, geregelt. Das wurde gesagt. Die Ausgestaltung obliegt den Kantonen. Auch das wurde bereits gesagt. Integrierte Versorgung, was ist das? Diese Frage wurde ebenfalls bereits gestellt. Sie sorgt aktuell bei der Berner Ärzteschaft für mässige Begeisterung.

Im Rahmen meiner Tätigkeit in besagten Vorständen durfte ich an der Vernehmlassung zur «Teilstrategie Integrierte Versorgung» teilnehmen. Hier kann ich mich kurzhalten. Unsere Einwände, unsere Kommentare und unsere Vorschläge wurden in keinsten Weise berücksichtigt. Somit sollen die Grundversorgerinnen und Grundversorger zu Befehlsempfängerinnen und -empfängern degradiert werden. Dennoch wären ebendiese verantwortlich für die konkrete Umsetzung. Den Lead hätten dann die Spitäler.

Auch dies ist aktuell ein heikles Thema, insbesondere nach der Schliessung der Standorte Münsingen und Tiefenau. Der letzte Name in den Medien war vergangene Woche Riggisberg. Es sind Spitäler, die historisch daran gewachsen sind, dass sie Leistungen anboten, die nicht ambulant geleistet werden konnten. Nun sollen sie etwas koordinieren, das sie bisher nie gemacht haben. Quo vadis? Dies, nachdem die Niedergelassenen verärgert, deren funktionierende Netzwerke umorganisiert und Patientenpfade unter anderem in die Privatspitäler Lindenhof, Hirslanden oder Thun umgeleitet wurden. – Ups.

Basierend auf den Ergebnissen der eidgenössischen Abstimmungen zu gesundheitlichen Themen im Jahr 2024 – «Prämien-Entlastungs-Initiative», «Kostenbremse-Initiative» oder «Einheitliche Finanzierung der Leistungen» –, die allesamt im Sinn der Empfehlungen der Ärzteschaft ausgingen, bin ich, gelinde gesagt, mässig optimistisch für eine Umsetzung, wie sie aktuell vom Kanton angedacht wäre. Ob die Bevölkerung hier mitmachen wird: Fragezeichen. Die bisherigen Erfahrungen in der Region, wo ein solches Modell einer integrierten Versorgung am 1. Januar 2024 lanciert wurde, sind vorerst nicht berauschend. Zugegebenermassen brauchen solche Projekte Zeit, damit sie ihren Effekt entfalten können, und es ist zu früh, Bilanz zu ziehen.

Was mir aber Sorgen bereitet, ist, dass die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte mehrheitlich nicht bei diesem Modell mitgemacht haben. Wieso sollte das in unserer Region anders sein? Glücklicherweise für unsere Gemeinde ist es ein kantonales Thema, bei dem Kommunen wenig bis gar nichts zu melden haben werden, Stichwort Spitalschliessungen. Die FDP-Fraktion wird diese Motion nicht unterstützen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Keine weiteren Wortmeldungen. Bernhard Häuselmann (GR) und Luc Arnold (SP) verzichten auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Beschlussfassung. Luc, Du hast der Überweisung als Postulat zugestimmt. Wir befinden deshalb über die Überweisung als Postulat.

Beschluss (21 Ja / 18 Nein / 0 Enthaltungen)
Das Postulat wird überwiesen.

17. Motion Arnold (SP): Standortförderung für Hausärzte und Sicherstellung der notfallärztlichen Versorgung in Muri-Gümligen

Bernhard Häuselmann (GR): Es ist das zweitletzte Votum von mir. Auch bei dieser Motion haben wir versucht, mit einer gut strukturierten Antwort für einen guten Transfer und einen guten Nachvollzug der Stellungnahme zu sorgen. Der Trend der klassischen Hausarztpraxen hin zu Praxisgemeinschaften setzt sich fort. Diese strukturelle Veränderung können wir von der Gemeinde her nicht beeinflussen. Die Gemeinde kann aber Voraussetzungen schaffen, dass das neue Modell von Praxisgemeinschaften bei uns rasch angesiedelt und das schrumpfende klassische Angebot kompensieren kann. Mit der «Vision 2040» greifen wir dieses Ziel schon auf, und es bestehen grobe Konzepte, wie wir mit Zonenplanungen sowie Immobilien und Grundstücken im Eigentum der Gemeinde günstige Voraussetzungen schaffen könnten. Diese Mittel werden wir dieses Jahr mit einer Umfrage weiter evaluieren. Von allen anderen Mitteln, beispielsweise verstärkten Subventionierungen, bei denen man als Gemeinde oder als Politiker durchaus Appetit bekommen könnte, das Angebot für hausärztliche Versorgung zu fördern, müssen wir als Gemeinde aus guten Gründen absehen. Bei der Notfallversorgung sind wir, wie bei der integrierten Versorgung, auch Teil eines kantonalen Systems mit einschlägigen Regelungen. Wenn die Mittel greifen, mit denen wir vorhaben, die schrumpfenden klassischen Praxen zu kompensieren, ist bei gleichbleibenden Regelungen auch die Notfallversorgung weiter gewährleistet. Auch von dieser Motion möchte der GR aber alle Impulse für die Ausrichtung unserer lokalen Sozial- und Gesundheitspolitik mitnehmen und beantragt deshalb heute Abend die Überweisung als Postulat. Merci vielmals.

Luc Arnold (SP): Merci vielmals für die Beantwortung der Motion, die erneut sehr strukturiert erfolgt ist. Es freut mich zu sehen, dass gewisse Dinge doch aufgegriffen wurden. Eine Klammerbemerkung: Eine Subventionierung war sicher nicht das Ziel meiner Motion, sondern viel mehr, dass man auf diese Thematik sensibilisiert ist und ein Auge darauf hat. Denn es ist nicht einfach gegeben, dass wir die Dienstleistungsabdeckung, wie wir sie heute in Muri-Gümligen kennen, in Zukunft überhaupt noch haben werden. Man kann sich gut mit anderen Gemeinden vergleichen, und es gibt viele Gemeinden, die damit grosse Probleme haben. Von diesen sind wir heute vielleicht noch nicht direkt betroffen, sie könnten uns aber in Zukunft durchaus direkt betreffen.

Es freut mich zu lesen und zu hören, dass der GR diese Herausforderungen im Grundsatz erkannt hat. Ebenso, dass die Studie zur «Vision 2040» ausgearbeitet oder in Auftrag gegeben wurde und vorliegt. Dass dieses Jahr auch eine Befragung der bestehenden Hausärztinnen und Hausärzte stattfinden soll, finde ich richtig. Es zeigt auf, dass Bewegung in das Thema kommt.

Die Verankerung dieses Punktes in den Legislaturzielen der nächsten Legislatur finde ich zentral und begrüssenswert. Ich erlaube mir dazu doch noch eine Bemerkung, schliesslich wird die «Vision 2040» verankert: Man hat schon viele Visionen und Leitbilder entstehen lassen, sei es hier oder anderswo. Sie müssen schlussendlich auch umgesetzt werden. Das ist bei einem so wichtigen Thema wie dem, über das wir gerade sprechen, zentral. Von dem her stimme ich der Umwandlung in ein Postulat selbstverständlich zu, und die SP-Fraktion wird den Antrag des GR ebenfalls unterstützen.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Gregor Kaczala (FDP): Ich stehe hier nochmals als Fraktionssprecher, aber auch als niedergelassener Kinderarzt in der Stadt Bern. Zudem bin ich Co-Präsident des ärztlichen Bezirksvereins Bern Regio, der direkt mitverantwortlich für die Organisation des ärztlichen Notfalldienstes in der Region ist.

«Standortförderung für Hausärzte und Sicherstellung der notfallärztlichen Versorgung in Muri-Gümligen» – ich danke dem Gemeinderat für die gut recherchierte und fundierte Antwort und erlaube mir ein paar Ergänzungen. Die Notfalldienstpflcht ist im kantonalen Gesundheitsgesetz verankert. Demzufolge hat jeder niedergelassene Arzt im Kanton zusammen mit seiner Bewilligung auch eine Notfalldienstpflcht. Ähnlich wie bei der Feuerwehrdienstpflcht, kann diese auf zwei Arten geleistet werden: Als eigentlicher Dienst oder mit Leistung einer Ersatzabgabe. Letztere ist auf maximal CHF 15'000 pro Jahr limitiert.

Im Rahmen der Planung dieser Notfalldienste sind wir im Bezirksverein mit der abnehmenden Zahl williger Kolleginnen und Kollegen konfrontiert, wobei dies nicht nur in der Gemeinde eine Tatsache ist, sondern in der ganzen Schweiz. Im Jahr 2024 haben wir eine Umfrage bei unseren Mitgliedern gemacht, um zu erfahren, wo der Schuh drückt. Es kamen zwei Hauptpunkte zum Vorschein: Wenig überraschend die allgemeine Notfalldienstpflcht und die Beurteilung der Hafterstehungsfähigkeit für die Polizei. Dabei wird der diensttuende Arzt in die sogenannten Festhalteräume am Waisenhausplatz gerufen und muss beurteilen, ob eine aufgegriffene Person dortbleiben kann oder in die Bewachungsstation des Inselspitals überführt werden muss. Eine nicht ganz triviale Angelegenheit, insbesondere im bekannten Fall von Kilian S., der an Weihnachten 2019 leblos in seiner Zelle aufgefunden wurde.

Nun, was macht der organisierende Bezirksverein für seine Mitglieder, ausser, detailliert Probleme zu beschreiben und zu jammern? Wir versuchen seit Jahren, die Dienstkreise zu erweitern, damit zum Beispiel der Dienstkreis Muri-Gümligen mit dem Dienstkreis Worb zusammenarbeitet. Somit würde die Einsatzzahl reduziert und die Aktivität eventuell gesteigert. Die Zusammenschlüsse können aber nicht top down verordnet werden, sondern sie müssen basisdemokratisch, also auf Neudeutsch bottom up gefällt werden. Bisher fanden sich interessanterweise keine Mehrheiten dafür, was dieses Jahr ab Herbst eventuell ändern könnte. Nun fragen Sie sich vielleicht, wieso die Agglomerationsgemeinden nicht mit der Stadt Bern fusionieren möchten. Das ist ganz einfach: Weil die Stadt Bern die Hafterstehungsfähigkeitsbeurteilung kennt, die Agglomerationsgemeinden nicht, und sie möchten das nicht machen. Gleichzeitig sind es paradoxerweise einige dieser Kolleginnen und Kollegen, die aufgrund der hohen Dienstbelastung in ihren Kreisen keine Nachfolgerinnen oder Nachfolger finden.

Praxiseinsteigerinnen und Praxiseinsteiger wägen aktuell ganz genau ab, wo sie sich niederlassen, und betrachten gezielt zwei Kriterien. Das erste ist die Anzahl der Notfalldienste. Das ist keine Überraschung. Das zweite ist die vorhandene Selbstdispensation von Medikamenten, die in der Gemeinde nicht möglich ist, weil es zwei Apotheken gibt. In Anbetracht künftiger Entwicklungen, die im Übrigen schon bei den Apotheken, Psycho- oder Physiotherapien angelangt sind, verstehe ich persönlich nicht, wieso einzelne Berufsgruppen – im Übrigen, mit Verlaub, nicht schlecht verdienende –, zusätzlich finanziell unterstützt werden sollten.

Das eigentliche Problem des Fachkräftemangels, es wurde schon gesagt, wird mit ein paar Zehntausend Franken kommunaler Steuergelder nicht geregelt werden. Letztlich sind auch Dienstleister dem Markt ausgesetzt – unsichtbare Hand –, und dieser wird bekanntlich durch Angebot und Nachfrage geregelt. Letztlich wird die FDP-Fraktion die Motion nicht unterstützen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Merci.

Keine Wortmeldungen. Bernhard Häuselmann (GR) und Luc Arnold (SP) verzichten auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Der Vorsitzende: Die Motionäre haben sich positiv zur Umwandlung der Motion in ein Postulat geäußert. Wir stimmen über die Überweisung als Postulat ab.

Beschluss (20 Ja / 18 Nein / 1 Enthaltung)
Das Postulat wird überwiesen

18. Motion Bless (FDP): Vorwärts mit dem Bau eines Erlebnisspielplatzes auf dem Füllerich

Bernhard Häuselmann (GR): Kurz ein Überblick: Ende 2019 wurde ein Postulat eingereicht. Es hiess: «Ja zu attraktiven Spielplätzen». Deswegen hat man im Jahr 2021 ad hoc die Spielplatzkommission gegründet. Die Kommission war breit abgestützt, und alle Parteien ausser der SVP waren in dieser Kommission vertreten. Die Kommission hat in den letzten vier Jahren intensiv an der Fragestellung eines Gemeindespielplatzes gearbeitet. Sie hat den Bedarf eines grossen Erlebnisspielplatzes bestätigt, aber am Standort Gümligenmoos anstatt Füllerich, wie die Motion verlangt. Dieser Entscheid der Kommission ist auch im Kontext der Zentrumsentwicklung Gümligen zu verstehen, bei der bereits ein umfangreicher Raumplanungsprozess läuft. Der lange Zeitraum von vier Jahren bis zum Entscheid hat natürlich zu Diskussionen geführt und – ich kann nur spekulieren – wohl auch zur Motion «Vorwärts mit dem Bau eines Erlebnisspielplatzes auf dem Füllerich», die wir jetzt behandeln. Die lange Zeit, welche die Kommission gebraucht hat, steht in direktem Zusammenhang mit den Planungsgeschäften im möglichen Perimeter und den umfangreichen Abklärungen. Das können sie im Bericht der Kommission nachvollziehen, er liegt bei.

Wie soll es nun weitergehen? Wir haben eine erste Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, damit der Zeitplan und der Investitionsbedarf für diesen Vorschlag oder für die von der Kommission gewählte Lösung besser abgeschätzt werden können. Ich habe vorhin gesagt, dass die Idee mit Vorstössen wie dem Postulat «Ja zu attraktiven Spielplätzen» und der Motion «Vorwärts mit dem Bau eines Erlebnisspielplatzes auf dem Füllerich» ins Parlament getragen wurde. Aber die politische Diskussion fand vor allem in der Kommission statt und wurde dort geführt. Der GR geht deshalb davon aus, dass für die von der Kommission gewählte Lösung heute Abend ein Konsens besteht und Ihr das Vorgehen mit der Auslösung einer Machbarkeitsstudie und unseren Antrag, die Motion vor diesem Hintergrund nicht zu überweisen, deshalb heute Abend unterstützt. Merci vielmals.

Adrian Bless (FDP): Es ist nicht dankbar, als einer der letzten zu sprechen. Ich spreche als Motionär, werde am Schluss aber ebenfalls die Haltung der FDP-Fraktion vertreten. Weil wir auch gerade kein Budget für einen Apéro haben, nehme ich mir deshalb etwas mehr Zeit für eine ausführliche Stellungnahme und bitte um Verständnis. Zuerst einmal möchte ich aber dem GR und dem zuständigen Ressort für die Stellungnahme zu meiner Motion danken. Vielleicht haben wir dann auch mehr Budget für Spielplätze.

Gut Ding will Weile haben. Dieses Sprichwort scheint auf Projekte auf dem Füllerich bestens zuzutreffen. Im vergangenen Jahr haben wir bekanntlich nach mehrjähriger Projektierung und Debatte endlich einem Pumptrack zugestimmt und dabei gelernt, dass die Kinder, die sich damals dafür eingesetzt haben, mittlerweile schon gross sind. Auf den Start des Baubeginns des Pumptracks müssen wir offensichtlich noch länger warten. Eben, gut Ding will Weile haben.

Ich möchte nicht noch einmal alle meine Argumente wiederholen, die für einen Abenteuerspielplatz auf dem Füllerich sprechen. Vier Punkte möchte ich aber trotzdem kurz erwähnen. Erstens: Mir geht es bei dieser Motion darum, einen gesamtheitlichen Blick auf die Spiel- und Sportaktivitäten in unserer Gemeinde zu werfen. Nicht jedes Kind möchte auf einen Pumptrack gehen. Weshalb soll man sich mit mehreren Kindern entscheiden müssen: Gehen wir heute auf den Pumptrack, oder gehen wir auf den Spielplatz? Viel mehr sollte man sich als Eltern einfach sagen können: Hey, gehen wir doch heute auf den Füllerich, im Wissen, dass es dort immer Gspändli zum Spielen gibt und Eltern oder Grosseltern, die man dort antreffen kann.

Ich hätte mir gewünscht, dass der Füllerich ein Ort wird, wo ein zweijähriges Kind auf dem Spielplatz spielen und die grösseren Kinder auf dem Pumptrack beobachten kann und dann vielleicht auch motiviert wird, selbst einmal erste Versuche auf dem Pumptrack zu wagen; wo ein achtjähriges Kind seine Flips auf dem Pumptrack übt und vielleicht in Kontakt mit Sportvereinen kommt, denen es irgendwann einmal beitreten möchte. Mit achtzehn Jahren spielt sie oder er dann vielleicht als Jugendliche oder Jugendlicher im Fussballverein mit oder hält sich mit anderen Sportarten auf dem Füllerich fit. Es soll ein Ort der Begegnung und der Freude an der Begegnung werden. Wir haben es heute schon einmal gehört, und ich konnte dich gut verstehen, Angelo: Die positiven Erinnerungen an die Kinder- und Jugendzeit soll man dann eben auch auf dem Füllerich haben, nicht nur im Muribad. Es soll ein Ort sein, wo man sich an die Kinder- und Jugendzeit erinnert. Ich sehe deshalb auch keinen Nutzungskonflikt, wie im Bericht aufgeführt wurde, sondern mehr Nutzungsergänzungen oder Nutzungsmultiplikatoren.

Der vorgebrachte Faktor Lärmemissionen wirkt meines Erachtens etwas merkwürdig. Lärmemissionen sind ohnehin bereits vorhanden, und es ist kaum mit massiven Mehrbelastungen zu rechnen. Zudem wären nur ganz wenige Anwohnerinnen und Anwohner davon betroffen. Die Argumente der Spielplatzkommission sind für mich deshalb diesbezüglich wenig überzeugend.

Zweitens: Letztes Jahr haben wir nicht nur über den Pumptrack entschieden. Wir hatten auch eine Abstimmung über unseren Gemeindennamen. Mir scheint, dass die Abstimmung genügend aufgeheizt war und die beiden Ortsteile eher getrennt als näher zusammengebracht hat. Wie oft haben wir gehört, dass die beiden Ortsteile doch näher zusammengebracht werden sollten? Ein Spielplatz wäre doch genau ein solcher Ort, ein verbindendes Element, wo sich Eltern und Kinder beider Ortsteile treffen und sich austauschen können und auch Freundschaften entstehen können. Der Füllerich liegt ziemlich genau in der Gemeindemitte und wäre deshalb aus meiner Sicht ein idealer Ort.

Der zweite Punkt führt mich aber auch gleich zum dritten Punkt. An der letzten GGR-Sitzung haben wir nämlich darüber diskutiert, dass der Grossteil des Verkehrsaufkommens unserer Gemeinde hausgemacht ist. Spricht, es sind die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Gemeinde, die häufig das Auto nehmen, um von einem Ort zu einem anderen zu gelangen. Auch in diesem Zusammenhang sehe ich nur Vorteile, wenn der Abenteuerspielplatz in der Mitte der Gemeinde zu liegen kommt und man nicht das Auto nehmen muss, um zum Beispiel von der Vilette ins Moos hinüber fahren zu müssen.

Last but not least der Faktor Zeit und damit zurück zum Sprichwort: Gut Ding will Weile haben. Es scheint Leute in diesem Raum zu geben, die nicht gerade happy über meinen Vorstoss waren, weil es bereits eine Spielplatzkommission gibt, die an der Ausarbeitung von Lösungen gearbeitet hat. Meine lieben Ratskolleginnen und Ratskollegen, vor über fünf Jahren haben wir das Postulat «Ja zu attraktiven Spielplätzen» überwiesen. Wir haben es gerade gehört. Es hat über ein Jahr gebraucht, um eine Ad-hoc-Kommission einzuberufen, die dann offenbar kaum getagt beziehungsweise vier Jahre gebraucht hat, um konkrete Resultate zu präsentieren. Wobei der Stellungnahme des GR zu entnehmen ist, dass die Kommission offenbar schon letzten Sommer einen Abschlussbericht über ihre Tätigkeit erstellt hat. Wenn

es meine Motion gebraucht hat, damit uns dieser Bericht nun endlich unterbreitet wird, bin ich froh, habe ich diese Motion eingereicht. Gleichzeitig bin ich aber auch erstaunt, dass wir diesen Bericht nicht schon früher bekommen haben. Es ist mir auch nicht klar, wieso dieser Bericht und meine Motion nun miteinander vermischt werden. Ist die Idee, dass wir jetzt über die Motion diskutieren oder über den Bericht der Spielplatzkommission? Oder über beides zusammen und ganz grundsätzlich? Mit Bezug zum Bericht und zum Faktor Zeit möchte ich ergänzen, dass weder aus der Stellungnahme auf meine Motion noch aus dem Bericht der Kommission klar ersichtlich wird, wann unsere Familie in dieser Gemeinde mit einem würdigen Abenteuerspielplatz rechnen kann. Es liest sich schon fast ein bisschen höhnisch, dass zuerst die Zentrumsentwicklung Gümligen geplant werden und dann auch noch ein Soundingboard geschaffen werden muss. Sprich, das Projekt wird für die nächsten 20 Jahre auf die lange Bank geschoben. Das ist ein Grund mehr, weshalb meine Motion nicht ganz zu Unzeiten kam und auch nicht mit der Arbeit der Spielplatzkommission vermischt werden sollte.

Zurück zur Motion. Der Gemeinderat empfiehlt sie mit dem Hinweis auf die Spielplatzkommission und mit Bezug zur Gesamtplanung Füllerich zur Nichtüberweisung. Obwohl es gute Gründe gegeben hätte, dieser Empfehlung nicht zu folgen und so den Druck auf den GR vielleicht auch etwas aufrechtzuerhalten, unterstützt die FDP-Fraktion den Beschluss. Sie wird die Planung in Sachen Spielplätze und Füllerich aber eng mitverfolgen und behält sich vor, in Zukunft weitere Vorstösse einzureichen, falls nichts Konkretes passiert. Konkret verlangen wir eine klare Phasenplanung mit zeitlich klar definierten Schritten sowie eine konkrete Budgetplanung. Auf dem Füllerich verlangen wir für die vorgesehene Gesamtplanung 2025, dass neben den Sportvereinen auch eine Vertreterin oder ein Vertreter der Spielplätze dabei sein soll. Zu überlegen wäre allenfalls, ob die offene Kinder- und Jugendarbeit OKJA ebenfalls miteinbezogen werden kann.

Da der Bericht der Ad-hoc-Spielplatzkommission heute nicht offiziell traktandiert ist, gehen wir nicht weiter darauf ein, sondern gehen davon aus, dass er zu einem späteren Zeitpunkt allenfalls noch ausführlicher debattiert wird. Gut Ding will Weile haben – ich hoffe, dass die Kinder, die heute auf Spielplätze anderer Gemeinden ausweichen müssen, bald auch in unserer Gemeinde auf einen Spielplatz gehen können, der seines Namens würdig ist. Besten Dank.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Patricia Messerli (forum): Ich versuche, mich kurzzufassen. Es ist auch nicht eine richtige Fraktionserklärung, aber ich möchte etwas klarstellen. Denn das forum hat zusammen mit den Grünen und der SP den Vorstoss eingereicht, dass man eine Ad-hoc-Spielplatzkommission gründet. Nur, um es gesagt zu haben: Wir haben uns nicht vier Jahre mit dem Gemeindespielplatz beschäftigt. Ronald kann mir da vielleicht zustimmen. Auf S. 8 ist aufgeführt, was wir alles bewirkt haben. Wir haben einen superguten neuen Spielplatz beim Dorfschulhaus. Wir haben mitgeholfen auszuwählen, wie dieser gebaut wird. Es gab ein partizipatives Vorgehen. Es gab dazu mehrere Sitzungen, und wir haben mit Carole geprüft, was dort hinkommt. Wir haben geschaut, dass es beim Bärtschihus einen neuen Spielplatz gibt, und wir haben geschaut, dass es in jedem Quartier einen öffentlich zugänglichen Spielplatz gibt. Wir mussten beim Sonnenfeld schauen. Wir haben den Spielplatz Eichenstrasse unten übernommen. Wir haben sehr viel getan. Hier wird nun der Eindruck erweckt, dass wir vier Jahre lang nichts gemacht haben und nur rumdiskutiert haben. Das ist überhaupt nicht der Fall. Dies als Ergänzung. Das ist meiner

Meinung nach jetzt keine Fraktionserklärung, sondern eine Erklärung der Spielplatzkommission.

Punkto Lärm: Du kannst dich einmal erkundigen, wie viele Einsprachen wegen dem Pumptrack eingegangen sind. Wir haben ein Lärmschutzgutachten in Auftrag gegeben. Es wurde noch von Beat Wegmüller in Auftrag gegeben. Trotz des Lärmgutachtens gab es rund 30 Einsprachen von Anwohnern, die finden, ein Pumptrack dort geben zu viel Lärm. Wir haben das alles mit einbezogen. Wir haben auch gesagt, wir wollen nicht für etwas viel Geld ausgeben, das später scheitert. Dies als Erklärung. Merci.

Der Vorsitzende: Adrian, hast Du Dich auch noch für eine Fraktionserklärung gemeldet?

Adrian Bless (FDP): Diese habe ich im vorherigen Votum bereits integriert.

Raphael Racine (SP): Wir von der SP-Fraktion lehnen diese Motion der FDP ab und folgende dem GR. Dies bewusst mit der Ironie, dass ich hier mein erstes Votum halte und gleich einen Spielplatz bekämpfen muss. Denn persönlich habe ich mich eigentlich zu Beginn noch über diesen Vorstoss gefreut. Ich habe einmal ausser Acht gelassen, dass es einen Monat vor der Abstimmung über die Namensänderung war und man natürlich symbolisch auch ein wenig vom Thema profitieren wollte. Ihr wolltet zeigen, dass Ihr nicht nur symbolisch, sondern auch inhaltlich arbeitet. Aber ich habe mich wirklich gefreut. Ich weiss von Dir, dass Du auch Kinder hast. Ich weiss, dass Ronald, der ebenfalls unterschrieben hat, ebenfalls Kinder hat. Ich habe mich gefreut, denn ich habe mir gedacht: Hey, jetzt haben wir sie, jetzt haben wir diese FDP, endlich hat sie grüne, linke, woke Themen, die sie hier mit einer Spielplatzpolitik bespielt. Sie bespielt eigentlich das Ur-Thema von Mitte-Links, eben die Spielplätze.

Als ich den Vorstoss dann genauer studiert habe, blieb eine gewisse Ratlosigkeit zurück, und ich hatte fast ein wenig den Eindruck, Euer Vorstoss sei etwas frei von Sinn, Freisinn. Denn Ihr wollt zwar eine Art Trittbrettfahrer eines Themas sein, das wir haben, die Spielplätze. Aber Ihr habt den Tritt etwas verpasst. Ihr hättet ihn nicht beim Füllerich fordern müssen, sondern beim Moos. Zu einem Spielplatz im Moos hätte ich heute einfach ja gestimmt. Einfach ja, fertig, gar nicht diskutieren. Aber da gibt es dann eine Ratlosigkeit. Denn, Ronald Buff, Du bist auch in dieser Spielplatzkommission. Ihr sagt jetzt, die haben viel zu wenig gearbeitet; gut Ding will Weile haben. Ich könnte fies zurückgeben: Dann hättet Ihr eben ein paar Hochkaräter in die Spielplatzkommission entsenden sollen. Warum kommt die Kommunikation nicht, dass es eigentlich der falsche Spielplatz ist? Denn es gibt von der Spielplatzkommission klare Argumente, die ich kurz wiederholen möchte.

Beim Füllerich, wir kennen es alle, gibt es eine Übernutzung. Wir haben dort verschiedene Sportanlagen, wir haben eine Finnenbahn zum Joggen, wir haben schon einen kleinen Spielplatz, und dann machen wir noch einen Pumptrack. Das Argument der Übernutzung sehe ich schon irgendwo. Auf der anderen Seite, positiv, haben wir bei der Moosstrasse einen ÖV-Anschluss. Es gibt eine grosse Parzelle, auf der die Gemeinde Handlungsraum hat, um dort etwas tun zu können. Es gibt bereits das Hornusser-Häuschen, das man auch gleich für die Infrastruktur verwenden kann. Es ist eigentlich logisch, dass man dort etwas macht. Ich verstehe es nicht ganz, irgendwie matcht das nicht.

Es matcht auch etwas anderes nicht, das noch gar nicht diskutiert wurde. Bei mir entstand schon ein wenig der Eindruck, dass es ein typischer Wahlkampfvorstoss ist. Denn gleichzeitig habt Ihr auch noch das Referendum für die Steuersenkung ergriffen. Ich möchte betonen: Ein solcher Spielplatz ist nicht wie früher, eine Rutschbahn und ein Karussell hinstellen, that's it. So ein Spielplatz kostet Geld. Ich gehe davon aus, dass es mindestens CHF 0,5 Mio. Investitionskosten sind. Es wird, das haben wir ebenfalls noch nicht besprochen, sehr wahrscheinlich auch

permanente Kosten auslösen. Man kann grössere Erlebnisspielplätze heutzutage nicht einfach unbetreut lassen, man wird auch Stellenprozente einberechnen müssen.

Jetzt seid Ihr sehr enthusiastisch, um einen solchen Spielplatz einzurichten, aber ich bin mir nicht so sicher, ob Ihr angesichts der Kosten, die es auslöst, immer noch so enthusiastisch seid. Auf jeden Fall werde ich Euren Vorstoss einrahmen, und gegebenenfalls werde ich auf diese Argumente, gerade die vier Punkte, die Ihr beschreibt, genüsslich vorlesen, wenn Euer Enthusiasmus nach den Wahlen etwas nachgelassen hat.

Ich habe noch ein Zitat – lustig, fast könnten wir die Reden gleichzeitig schreiben oder aufeinander abstimmen: Gut Ding will Weile haben. Du klönst jetzt ein wenig über diese vier Jahre, Adrian. Ja, mein Gott, Mitte-Links hat 40 Jahre gewartet, weil die Bürgerlichen in dieser Gemeinde einfach null Komma null Priorität bei den Spielplätzen hatten. Dann kamen wir von Mitte-Links im Jahr 2019: Macht jetzt endlich etwas. Jetzt kann man schon sagen, es ist eine lange Zeit, es hätte schneller gehen können. Aber ich finde, dass wir das seriös abklären, dass wir partizipativ vorgehen – man hat die Schülerinnen und Schüler des Schulhauses Moos einbezogen und auch noch eine externe Firma beigezogen –, ist doch besser als ein solcher hastig «häregjuflete» Vorstoss gleich vor den Wahlen, wie Ihr es gemacht habt.

Emanuel Zloczower (FDP): Thema Respekt: Könnte man einmal zum Punkt kommen?

Raphael Racine (SP): Eigentlich wollte ich gar nicht schimpfen.

Emanuel Zloczower (FDP): Es ist wirklich mühsam.

Der Vorsitzende: Ich bitte Dich, zum Schluss zu kommen.

Raphael Racine (SP): Ich komme zum Schluss. Wie weiter? Wir von der SP unterstützen das Vorgehen, wie es im Schlussbericht der Spielplatzkommission skizziert ist, und hoffen auf eine baldige Realisierung dieses Generationenspielplatzes. Dazu würden wir sicher Hand bieten. Wenn es Euch zu wenig schnell geht, dann machen wir an einer nächsten GGR-Sitzung doch erneut eine Motion und sagen: Jetzt wollen wir ein solches Time-Framing haben. Ich habe geschlossen.

Der Vorsitzende: Es ist bald Mitternacht, bitte haltet Euch kurz.

Hanna Beck (EVP): Wir können wirklich dankbar sein, gibt es keinen Apéro, denn ich halte auch noch eine Rede. Also, wir möchten uns beim GR sehr für die Beantwortung der Motion bedanken. Ich verstehe die Haltung des GR. Ich war damals auch Teil der Spielplatzkommission, als wir befürwortet haben, dass wir zugunsten des Pumptracks beim Füllerich zurückstehen. Gleichzeitig teile ich aber das Anliegen des Motionärs, der im Füllerich einen Ort des Verweilens und des Sporttreibens sieht, der durch einen attraktiven Spielplatz schon für kleine Kinder ein vertrauter Ort werden kann und auch eine Beschäftigung und einen Ort des Seindürfens schafft, während andere Familienmitglieder als Zuschauer oder aktiv an Sportveranstaltungen auf dem Füllerich teilnehmen. Ich begrüsse mit diesem Vorstoss vor allem, von der FDP zu hören, dass sie ebenfalls einen Erlebnis-spielplatz haben möchte. Das möchte ich, auch wenn das vorhergehende Votum vielleicht leicht zynisch war, doch sehr hochhalten und ebenfalls in einem goldenen Rahmen einrahmen.

Im Bericht zur Neuorganisation Füllerich habe ich über Carole herausgefunden, dass dabei vor allem die Sportvereine berücksichtigt werden sollen. Ich unterstütze

die Idee von Adrian, dass auch die Jugendfachstelle oder sonst irgendjemand ein Teil davon ist, um den Spielplatz zu vertreten. Ich sehe ein wenig Konfliktpotenzial, wenn es beim Pumptrack auf dem Platz sehr viele Velos haben wird. Man müsste vielleicht auch darüber nachdenken, ob das Schaukelpferdchen durch einen Tisch ersetzt werden kann und der andere Spielplatz vielleicht durch irgendeinen Schutz für die Kleinen abgegrenzt wird, wie zum Beispiel eine Wimpel-Kette oder eine Kletterbarriere, damit dort keine Unfälle passieren. Ich denke, es könnte ebenfalls nützlich sein, wenn man beispielsweise durch Smilie-Tafeln dafür sorgt, dass jegliche Akteure, die sich auf diesem Brennpunkt aufhalten, rücksichtsvoll miteinander umgehen.

Ich möchte an dieser Stelle zudem das Thema Öffnungszeiten des WC-Häuschen ansprechen. Es wäre denkbar, ein Konzept auszuarbeiten, damit die Toiletten ganzjährig offen sind. Was müsste strukturell angepasst werden, und welche Mehrkosten würde es im Unterhalt ausmachen? Zum Spielplatz Füllerich denke ich, dass man ihn mit sehr einfachen Massnahmen – ein paar Schaufeln Sand hinter dem Häuschen und einer «Wässerlistation» –, ergänzen könnte. Es hat an der Böschung auch noch viel Platz, wo man Verstecken spielen kann, und es ist ein cooler Ort für die Kinder zu verweilen.

Zum Lischenmoos: Bei einem Planungsstand war die Idee, dass man die Spielfläche in diesem Perimeter auf den Füllerich hinüber nimmt und diesen im Bereich der Pingpong-Tische über eine Parkplatzüberdachung erweitert. Ich habe dabei zwei grosse Kritikpunkte. Einerseits sollen die Kinder unbedingt den Erdboden spüren können, wenn sie spielen. Aber dort können dann keine Büsche und Bäume gepflanzt werden. Deshalb empfehle ich dem GR, noch einmal darüber nachzudenken, ob nicht eine Spielfläche im Lischenmoos selbst möglich ist. Zumal Kinder in einem Alter von zwei, drei Jahren schon selbstständig spielen könnten, wenn es in der nächsten Nachbarschaft ist und man das Kind im Blick haben kann. Das geht aber nicht, wenn sie zuerst die gefährliche Worbstrasse überqueren müssen.

Der Vorsitzenden: Hanna, könntest Du bitte Dein Votum etwas kürzen?

Hanna Beck (EVP): Es ist mir zu wichtig. Ich moniere, dass der Spielplatzbericht dieser Motion beigelegt wurde, weil nämlich zwei verschiedene Geschäfte vermischt werden. Ich bin bereit, mein Votum hier abzubrechen, wenn mir versprochen wird, dass dieses Thema noch einmal aufgegriffen wird. Wenn wir jetzt aber durch diese Motion und durch ihre Ablehnung gleichzeitig sagen, dass wir mit diesem Bericht einverstanden sind, und es auf die lange Bank schieben wollen, bin ich überhaupt nicht einverstanden. Ich kann mich aber auch mit der FDP und anderen Parteien zusammentun, und wir geben eine neue Motion ein.

Somit kann ich mein Votum hier doch einfach beenden. Ich danke an dieser Stelle Carole. Denn ich weiss, dass sie sehr viel gemacht hat. Ich hoffe, dass sie durch die Voten, die wir heute gehalten haben, ermutigt wird, dass sie mit Vollgas vorwärtsmachen darf und uns bald ein Konzept und Kosten unterbreitet, von mir aus dreistufig, sodass wir wissen, wovon wir sprechen und danach im Rat auf einen coolen Erlebnisspielplatz hinarbeiten dürfen. Merci.

Keine weiteren Wortmeldungen. Bernhard Häuselmann (GR) und Adrian Bless (FDP) verzichten auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Beschluss (35 Ja / 0 Nein / 4 Enthaltungen)
Das Postulat wird nicht überwiesen.

19. Postulat Schenk/Bless (FDP): Zugang zu AED verbessern – Leben retten!

Der Vorsitzende: Wir kommen zum letzten Traktandum von heute Abend vor den Mitteilungen. Ich hoffe, Ihr mögt noch ein wenig weitefahren.

Christa Grubwinkler (GR) und Johanna Schenk (FDP) verzichten auf das Wort.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Wortmeldungen. Christa Grubwinkler (GR) und Johanna Schenk (FDP) verzichten auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Beschluss (39 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)
Das Postulat wird einstimmig überwiesen.

20. Informationen des Gemeinderats / der parlamentarischen Kommissionen

Keine Wortmeldungen.

21. Neue parlamentarische Vorstösse

Motion Reich (FDP/JF-Fraktion): Einführung digitaler Jahresparkkarten

Der Gemeinderat wird gebeten, die Einführung eines digitalen Systems für Dauer- und Jahresparkkarten in der Gemeinde Muri bei Bern umzusetzen. Dieses System soll folgende Punkte umfassen:

- 1. Digitale Lösung:** Parkkarten sollen künftig über eine bestehende digitale Plattform oder App gekauft und verwaltet werden können. Die Kennzeichenregistrierung dient als Nachweis anstelle einer physischen Parkkarte.
- 2. Integration ins bestehende System:** Das neue System soll mit den bestehenden Kontrollmethoden der Gemeindebehörden kompatibel sein und die Arbeitsprozesse vereinfachen.
- 3. Benutzerfreundlichkeit:** Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit haben, die Parkberechtigungen einfach online oder über eine mobile App zu erwerben und zu verwalten. Ergänzend soll im Gemeindebüro Hilfe bereitgestellt werden, um Bürger ohne digitale Affinität zu unterstützen.

Begründung

Die heutige Praxis, physische Parkkarten im Auto zu deponieren, ist fehleranfällig und führt immer wieder zu Problemen, insbesondere bei Frost oder Schnee. Mit einer digitalen Lösung kann die Gemeinde nicht nur den Komfort für die Bürgerinnen und Bürger erhöhen, sondern auch die Effizienz der Parkraumüberwachung steigern. Zudem entspricht die Digitalisierung den Grundsätzen einer modernen und

bürgerfreundlichen Verwaltung, wie sie im Leitbild der Gemeinde vorgesehen ist. Dass die Umsetzung möglich ist, zeigen andere Gemeinden oder auch das Beispiel der digitalen Autobahnvignette.

Folgende Zielsetzungen sind wenn möglich einzuhalten:

- 1. Prävention von Parkbussen:** Durch die Abschaffung physischer Parkkarten werden Missverständnisse und Fehler (z. B. durch Frost, Schnee oder verrutschte Karten) vermieden, die zu unnötigen Parkbussen führen. Bestehende Parkzonen können so effektiver kontrolliert werden. Neue Parkzonen sollten nur begründet und falls zwingend nötig ausgewiesen werden.
- 2. Nachhaltigkeit:** Der Verzicht auf physische Parkkarten reduziert die Verwendung von Materialien wie Papier und Kunststoff und fördert nachhaltige Lösungen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Einführung eines digitalen Systems wird initiale Investitionskosten verursachen, bietet jedoch langfristig Einsparpotenziale durch reduzierte Verwaltungskosten und einen geringeren Aufwand für die Ausstellung physischer Karten und für die Ausstellung von Bussen für Falschparker.

Gümligen, 21. Januar 2025

Julien Reich

L. Held, R. Soder, A. Scherrer, R. Weibel, R. Buff, G. Kaczala, A. Müller Kearns, K. U. Grütter, A. Bless, E. Zloczower, B. Legler, S. Eugster, J. Schenk, M. Koelbing, Ch. Lucas, V. Legler, L. Arnold, S. Fankhauser, R. Racine, P. Messerli, H. Beck, K. Schnyder, G. Grossen, A. Matter (25)

Mitteilungen

Der Vorsitzende: Die Februar-Sitzung fällt wegen mangelnder Traktanden aus. Das heisst, die nächste Sitzung findet am 18. März 2025 statt. Ich danke allen für das Ausharren und die engagierten Voten. Nun ist es bald 23.30 Uhr. Wir haben zu Beginn des Jahres beziehungsweise zu Beginn einer Legislatur immer den traditionellen Jahresapéro. Er fällt aus, weil wir kein genehmigtes Budget haben. Aber ich verspreche Euch, aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Es gibt dennoch etwas zu trinken. Die FDP hat uns angeboten, den Apéro zu offerieren, und ich danke der FDP dafür. Ich wünsche Euch trotz der fortgeschrittenen Stunde angeregte Gespräche und schliesse hiermit die Sitzung.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident:

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Jan Köbeli

Hilmi Gashi

Corinne Schweizer